

# Wirtschaft und Gesellschaft in Japan (II)

Von

W. M. Frhr. von Bissing-Berlin

## II. Wirtschaft und Gesellschaft in Japan nach 1945

### 1. Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1945

#### a) Veränderte Grundlagen der Wirtschaft

Der Krieg um die Vorherrschaft in Ostasien hatte von Japan eine Million Tote gefordert. Als die Kapitulation erfolgte, waren 30 % der städtischen Bevölkerung obdachlos, und die Industrie verfügte nur noch über ein Drittel ihrer Produktionskapazität<sup>47</sup>. Neun Zehntel der Handelsflotte waren im Kriege zerstört und verlorengegangen. Sechs Millionen Flüchtlinge, die in den Jahren 1945 bis 1950 repatriert werden mußten<sup>48</sup>, verstärkten den Bevölkerungsdruck um so mehr, als Japan 46 % seines Gebietsstandes verlor. Formosa, Südsachalin, Korea und die Mandschurei schieden aus dem Verband des japanischen Kaiserreiches aus. An die USA und an die im Verlauf des Krieges eroberten und besetzten Länder mußten Kriegsentschädigungen gezahlt werden. Zu den gewaltigen Belastungen des Landes durch den Krieg und seine Folgen kamen noch die Kosten für die englisch-amerikanische Besatzung bis zum Frieden von San Franzisko hinzu, der im Jahre 1951 mit den kriegführenden Mächten mit Ausnahme Chinas und der Sowjetunion geschlossen wurde. Zur gleichen Zeit wurde der Friedensvertrag durch einen Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA ergänzt, der im Mai 1960 verlängert wurde.

Schon gleich nach der Kapitulation gingen die USA auf Grund der Potsdamer Beschlüsse von 1945 daran, tiefe Eingriffe in die japanische Wirtschaft und Gesellschaft vorzunehmen, um das ökonomische, gesellschaftliche und geistige Kriegspotential Japans zu zerstören.

Auf *wirtschaftlichem Gebiet* waren es zwei Maßnahmen, die für die weitere Entwicklung entscheidend sein mußten. 1946 wurden die großen Zaibatsu aufgelöst und die Besitzer durch unveräußerliche Staatsanleihen entschädigt, die durch die Inflation wertlos wurden.

<sup>47</sup> Herschel Webb, Introduction to Japan, New York 1957, S. 43.

<sup>48</sup> Dr. Ayanori Okasaki, Japans Population Problems, Tokyo 1957, S. 1.

Im Jahre 1947 verbot ein Antimonopolgesetz, um das Wiederentstehen großer Konzerne zu verhindern, daß sich mehr als 5 % des Aktienkapitals einer Unternehmung in einer Hand befanden. Es will weiter verhindern, daß große Unternehmer durch kartellartige Zusammenschlüsse eine den Markt beherrschende Stellung einnehmen. Dann wurde den Mitgliedern der Zaibutsufamilien untersagt, sich zehn Jahre lang, bis 1956, irgendwie wirtschaftlich oder politisch zu betätigen. Es handelte sich dabei um etwa 100 wirtschaftlich und politisch führend gewesene Persönlichkeiten, deren Kenntnisse dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Japans verloren gingen.

Ein Bodenreformgesetz von 1946 ermächtigte den Staat, das von den Großgrundbesitzern verpachtete Land aufzukaufen und die Pächter zu Eigentümern zu machen. Das Land sollte dem gehören, der es bebaute. Soweit noch Pachtland in kleinerem Umfang vorhanden war, wurde die Pacht auf höchstens 25 % der Ernte bei Naßfeldern und auf höchstens 15 % des Ernteertrages bei Trockenfeldern festgesetzt.

Der Kommunistischen Partei wurde freie Betätigung erlaubt, und die Wiedererrichtung der von der Militärregierung aufgelösten Gewerkschaften verlangt. Die Freiheit ihrer Existenz und Betätigung wurde gesetzlich festgelegt.

Die soziale Gesetzgebung wurde erheblich erweitert, indem die Krankenversicherung, die bisher nur die ständig beschäftigten Arbeitnehmer erfaßt hatte, auch auf die vorübergehend beschäftigten Arbeitskräfte ausgedehnt wurde. Gleichzeitig schuf man eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Alle diese Vorschläge waren in dem sogenannten Pauly-Plan enthalten, der darauf ausging, jedes Wiederaufleben der japanischen Wehrmacht und des kriegerischen Geistes zu verhindern. Dazu mußten Geist und Ordnung der japanischen *Gesellschaft* umgeformt werden. Diesem zweiten Ziel sollte eine demokratische Verfassung, die Entgöttlichung des Kaisers und das Verbot der Shintoreligion dienen.

Die Besatzungsbehörde unter General McArthur war so geschickt, diese Maßnahmen nicht unmittelbar durch Organe der Besatzung durchzuführen, sondern die japanische Regierung damit zu beauftragen.

Die neue demokratische Verfassung, deren Entwurf „durch die japanische Regierung unter allerdings erheblicher Beratung und sogar Drängen der Besatzungsbehörden“ ausgearbeitet worden war<sup>49</sup>, wurde im März 1947 von einem unter Aufsicht der Besatzungsbehörden gewählten Parlament angenommen.

---

<sup>49</sup> Edwin O. Reischauer, Japan, Berlin 1952, S. 249.

Die Vergangenheit suchte man dadurch auszulöschen, daß 4000 Kriegsverbrecher bestraft wurden. Das internationale Militärgericht für den Fernen Osten erklärte im November 1948, als die Urteile gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Tojo und 24 Mitangeklagte verkündet wurden, daß der Kaiser den Krieg zwar nicht gewollt habe, aber dennoch seine Zustimmung gegeben hätte. Ihm sei jedoch zugute zu halten, daß er, falls er sich gegen die Eröffnung des Krieges gewandt hätte, wahrscheinlich ermordet worden wäre.

Allerdings schon im Jahre 1947 sah die amerikanische Regierung ein, daß die Vorschläge des Pauly-Planes ernstlich den Wiederaufbau der japanischen Wirtschaft behindern mußten. Die kommunistische Partei hatte eine Streikwelle ausgelöst, so daß 1947 die Besatzungsbehörde ein Verbot des Generalstreiks erließ. Die von den USA geforderten Reparationen wurden 1948 gestrichen und gleichzeitig die Restitution der aufgelösten Zaibatsu gestattet. Aber erst der Ausbruch des Koreakrieges führte zu einer nachhaltigen Besserung der wirtschaftlichen Lage und leitet den Beginn eines japanischen „Wirtschaftswunders“ ein.

#### b) Die Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik

Alle diese Tatsachen konnten nicht ohne Rückwirkung auf Wirtschaftsstruktur, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftssystem bleiben.

In den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch stand die japanische *Wirtschaftspolitik* vor drei großen Aufgaben:

1. die zerstörten Großstädte als Sitz der großen Industrie mußten zusammen mit den industriellen Produktionsanlagen wiederaufgebaut werden;
2. neue Absatzwege für den Außenhandel mußten gefunden werden;
3. die landwirtschaftliche Produktion mußte gesteigert werden, vor allem die Reiserzeugung.

Davon, daß es gelang, diese Aufgaben schnell und wirksam zu erfüllen, hing das Leben der auf verengtem Raum stark zusammengedrängten Bevölkerung ab.

Der Wohnungsaufbau in den großen Städten vollzog sich verhältnismäßig schnell. Arbeitskräfte waren reichlich vorhanden, und vor allem lieferten die zerstörten Wohnhäuser keine schwer zu beseitigenden Trümmer. Beim japanischen Wohnhaus sind nur die Grundmauern Mauerwerk, alles andere besteht aus Holz und Papier. Neue Häuser konnten also mit verhältnismäßig geringem Arbeitsaufwand hergestellt werden. Von den häufigen Erdbebenkatastrophen her, von denen Japan heimgesucht wird, haben die Japaner eine große Geschicklichkeit und viel Erfahrung im Wiederaufbau zerstörter Wohnstätten. Während die großen Städte im Jahre 1945 einen beträchtlichen Rückgang der Einwohnerzahl aufzuweisen hatten, war im Jahr 1950 die alte Einwohnerzahl bereits fast wieder erreicht, so daß wohl

1950 der Wiederaufbau der Städte im wesentlichen abgeschlossen war<sup>50</sup>.

Beim Wiederaufbau der Industrien galt es, vor allem diejenigen Industrien zu fördern, die durch ihren Export große Devisenüberschüsse lieferten. Japan war noch mehr als in der Zeit vor dem Kriege auf eine tatkräftige Förderung des Exports angewiesen, weil ihm seine Rohstoffquellen in der Mandchurei genommen worden waren. Gleichzeitig verlangte die anwachsende Bevölkerung nach mehr Nahrungsmitteln, und die Möglichkeit, durch Auswanderung den Druck der Bevölkerungslast zu mildern, bestand nach wie vor nicht. Die Nahrungsmittelbeschaffung war aber erschwert, weil die wichtigen Reislieferanten Korea und Formosa ja aus dem Verband des japanischen Reiches ausgeschieden waren. Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn man die Wirtschaftslage Japans in den Jahren gleich nach 1945 als verzweifelt bezeichnet. Denn zu allen sonstigen Schwierigkeiten kam noch ein großer Kapitalmangel hinzu, dem auch der Staat angesichts der erschöpften Steuerkraft aus den Mitteln des Staatshaushaltes nicht abzuhelpfen vermochte. So mußten die USA mit Darlehen und verlorenen Zuschüssen eingreifen. In den Jahren 1949 bis 1959 wurden in Japan 583 605 000 USA-Dollar an ausländischem Kapital investiert. Davon stammten 63 % aus den USA. Der Großteil der ausländischen Anlagen und Darlehen entfiel auf die Industrie elektrischer Maschinen, die chemische und petrochemische Industrie<sup>51</sup>. Im übrigen galt es, das mangelnde Kapital durch die im Überfluß vorhandene Arbeitskraft zu substituieren, wie das vor allem in der optischen und feinmechanischen Industrie möglich war.

Das Vorhandensein einer reichlichen und billigen Arbeitskraft stellte auch für die japanische Industrie das Rationalisierungsproblem unter andere Aspekte als in Europa und den USA. Dort will man die teure, menschliche Arbeitskraft durch Maschinen ersetzen (Automation) und gleichzeitig dadurch die Qualität der Produktion steigern. In Japan kommt es darauf an, nicht Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen, sondern die Arbeitsleistung der manuell tätigen Arbeitskräfte zu verbessern, eine Maßnahme, die bei der bekannten Geschicklichkeit japanischer Hände, dem Fleiß und der Pflichterfüllung der japanischen Arbeiter sehr wohl lösbar ist. Eine Rationalisierung im europäisch-amerikanischen Sinn erfaßt vor allem die schwere Großindustrie und die chemische Industrie, wo es auf höchste Genauigkeit und auf weitgehende Gleichmäßigkeit der Qualität des Produktes ankommt. Das sind vor allem die für den Export wichtigen Industrien, die dem

<sup>50</sup> Nach Angaben des Foreign Exchange Control Department der Bank von Japan.

<sup>51</sup> S. Tabelle 10.



Wettbewerb mit den alten Industriestaaten ausgesetzt sind. Zu diesen Industrien gehören z. B. der Maschinenbau, vor allem der Elektromaschinenbau, die chemische und petrochemische Industrie. Gleichzeitig tritt die Kunstfaserindustrie immer mehr in den Vordergrund, während die eigentliche Textilindustrie im Export an Bedeutung verliert und mehr für die Versorgung des eigenen Marktes arbeitet, wo vor allem die Nachfrage nach Wollstoffen steigt, weil die zunehmende Neigung zum *american style of life* die Nachfrage nach Kimonostoffen zurückdrängt. Man beginnt jetzt in weiten Kreisen, auch zu Hause europäische Kleidung zu tragen.

Nach dem Ausbruch des Korea-Krieges nahm die industrielle Produktion in Japan einen gewaltigen Aufstieg, und dieser Aufstieg hält auch heute noch an<sup>52</sup>. Besonders beachtlich ist, daß Japan nach dem Kriege zu einem der bedeutenden schiffbauenden Länder wurde<sup>53</sup>. Von der in Japan gebauten Tonnage wurden 74 % für den Export hergestellt. Insbesondere waren es große Tankschiffe für die großen griechischen Tankreeder, die dann unter den „billigen“ Flaggen von Liberia und Honduras zur See fuhren. Gleichzeitig aber wurde auch die japanische Handelsflotte wieder neu aufgebaut, die im Jahre 1958 mit 5,5 Millionen BRT die Vorkriegsgröße von 1940 mit sechs Millionen BRT fast wieder erreicht hat. 1959 wurden wieder 55 % der Importe und 59 % der Exporte auf eigenen Schiffen befördert.

Die japanische Exportwirtschaft mußte sich aber neue Märkte erobern, vor allem, nachdem in China das kommunistische Regime an die Macht gekommen war, so daß der wichtige chinesische Markt für den japanischen Export ausfiel<sup>54</sup>. An die Stelle Chinas traten die USA. Daneben aber spielen die asiatischen und afrikanischen Entwicklungsländer für den Absatz japanischer Erzeugnisse eine wichtige Rolle. Die Exporte bestehen seit 1953 bis 1955 zu 37 % aus Textilien, zu 15 % aus metallischen Erzeugnissen, zu 13 % aus Maschinen. Von den Importen entfallen 1955 25 % auf Nahrungsmittel, 25 % auf Textilrohstoffe, 3,2 % auf chemische Grundstoffe und 5,2 % auf Erze<sup>55</sup>. Von den Exporten sind die Textilien und die metallischen Produkte in erster Linie Konsumgüter, so daß der japanische Export zu fast 50 % aus Konsumgütern besteht, die vornehmlich in Länder mit hoher Kaufkraft gehen. Dort treten sie in Wettbewerb mit den Erzeugnissen dieser Länder. Dabei handelt es sich nicht nur um einen Preiswettbewerb, sondern auch um einen Wettbewerb der Qualität. Gerade an den für den Export bestimmten Konsumgütern ist der

---

<sup>52</sup> S. Tabelle 7.

<sup>53</sup> S. Tabelle 13.

<sup>54</sup> S. Tabelle 14.

<sup>55</sup> Bank of Tokyo, a.a.O., S. 10 und 18.

Anteil der Kleinbetriebe bei ihrer Herstellung sehr groß. Er beläuft sich 1959 auf etwa 50 %. Das gilt besonders für metallische Produkte und Textilien, an deren Export die kleinen und mittleren Betriebe zwischen 59 und 85 % beteiligt sind. Diese Unternehmen aber betreiben kein Dumping, d. h. sie verkaufen nicht unter ihren Herstellungskosten, vielmehr sind ihre Kosten außerordentlich niedrig, weil die Ansprüche an die Lebenshaltung des japanischen Arbeiters so sehr bescheiden sind, und weil das Überangebot an Arbeitskräften in diesen vorwiegend arbeitsintensiv produzierenden Betrieben die Löhne unter Druck hält. Außerdem beschäftigen sie viel weibliche Arbeitskräfte, deren Löhne noch um etwa 50 % unter denen der männlichen liegen. Endlich haben sie geringe Abschreibungen auf die im Betrieb benötigten Gebäude vorzunehmen, weil auch diese im Hinblick auf die Erdbeengefahr meist nur leicht und daher billig herzustellen sind. Allerdings bleibt die Qualität der exportierten japanischen Konsumgüter doch noch oft hinter den europäischen und amerikanischen Erzeugnissen zurück, so daß die niedrigen Preise auch ein Ausdruck minderer Qualität sind.

Zwischen einer Reihe japanischer Mittel- und Kleinbetriebe und der amerikanischen Industrie hat sich eine interessante Arbeitsteilung herausgebildet. Die Japaner liefern der amerikanischen Industrie billige, aber qualitätsmäßig gute Einzelteile, die dann in Amerika verarbeitet oder montiert werden. Damit aber sind die japanischen Betriebe gezwungen, nicht nur miteinander, sondern auch mit den amerikanischen Industrien gleicher Produktionsrichtung in Preis- und Qualitätswettbewerb zu treten.

Die Produkte der kapitalintensiven schweren Industrie dagegen finden ihren Absatz vorwiegend in den asiatischen und afrikanischen Entwicklungsländern, wo sie preis- und qualitätsmäßig mit den Erzeugnissen der amerikanischen und europäischen Industrie konkurrieren. In Afrika vor allem ist es den Japanern gelungen, sich neue Absatzmärkte zu erschließen. Allerdings ist die preisliche Überlegenheit der japanischen Großindustrie durch das Wirken der japanischen Gewerkschaften und durch ihre Politik der ständigen Lohnerhöhung bedroht. Aber diese Politik der Gewerkschaften wird bei den mittleren und kleinen Betrieben solange wenig Wirkung haben, als die durch den starken Bevölkerungsüberschuß hervorgerufene Arbeitslosigkeit nicht behoben ist. Im übrigen wirkt der technische Fortschritt dahin, daß sich die Zahl der kleinen und mittleren Betriebe zugunsten der großen Unternehmen verringert. Dazu kommt, daß die Kapitalbeschaffung für die kleinen Unternehmen immer schwieriger wird, während den großen Unternehmen der Kredit der großen Banken zur Verfügung steht. Aus diesen Gründen hat sich der Anteil der

industriellen Betriebe mit über 100 Beschäftigten an der Gesamtzahl der industriellen Betriebe von 25 % im Jahre 1930 auf 40 % im Jahre 1951 erhöht, während der Anteil der Betriebe mit weniger als 100 Arbeitern sich im gleichen Zeitraum von 75 % auf 60 % vermindert hat.

Bei dem starken Anteil, den die kleinen und mittleren Betriebe aber heute noch am Export haben, gewinnt das Handelskapital eine überragende Bedeutung für den japanischen Außenhandel. Bei der geringen Kapitalkraft der kleinen und mittleren Betriebe können sie ihren Anteil am Export und Import nur halten, wenn ihnen das Kapital der großen Handelshäuser mit zur Verfügung steht. Auch die große Industrie bedient sich dieser Handelshäuser, die, wie vor dem Kriege, ein Bestandteil der wiedererrichteten Zaibatsu sind. Die großen Handelshäuser setzen etwa 70 % des Einfuhrwertes und an 60 % des Ausfuhrwertes um. Aber auch im Außenhandel spielen die kleinen Export- und Importhäuser mit weniger als 30 Angestellten eine beträchtliche Rolle. Etwa 90 % aller Außenhandelsunternehmen entfallen auf diese kleinen Betriebe. Sie leiden allerdings unter erheblichem Kapitalmangel, wodurch sie gezwungen sind, die von ihnen importierten Güter schnell umzusetzen. Dadurch nimmt die Konkurrenz unter ihnen sehr scharfe Formen an. Die großen Handelshäuser mit ihrem Rückhalt am Kredit der großen Banken verdrängen jedoch in zunehmendem Umfang auch auf dem Gebiet des Außenhandels die kleinen Unternehmen.

Die Organisation des Außenhandels hat die schon vor dem Kriege bewährten Außenhandelsvereinigungen als Lenkungsmittel beibehalten. In diesen Vereinigungen (Kumiais) spielt allerdings, ebenso wie vor dem Krieg die große Industrie, eine maßgebende Rolle. Auch dadurch werden die kleinen und mittleren Betriebe allmählich an die Wand gedrückt. Sie sind bestrebt, in den Kumiais ihren Einfluß dadurch zu erhöhen, daß sie branchenmäßig geschlossen den Vereinigungen beitreten. Sie haben zu diesem Zweck Exportsyndikate gebildet, wie das z. B. die Hersteller von Ferngläsern mit Erfolg getan haben.

Den Japanern ist es erfolgreich gelungen, ihren Außenhandel verhältnismäßig schnell wieder aufzubauen, um ihren Anteil am Welthandel, den sie vor dem Kriege innehatten, zu etwa 75 % wieder zu erreichen<sup>56</sup>.

Die Landwirtschaft hatte durch den Zusammenbruch im Rahmen der japanischen Volkswirtschaft größere Bedeutung gewonnen, da die im japanischen Herrschaftsgebiet gelegenen Reislieferanten Korea

<sup>56</sup> S. Tabelle 15.

und Formosa herausgetrennt wurden, aber gleichzeitig die auf verkleinerten Raum zusammengedrückte und gewachsene Bevölkerung mit Nahrung versorgt werden mußte. So galt es vor allem, den Reisbau intensiver und ertragreicher zu gestalten. Es gelang, leichte, aber leistungsfähige Maschinen herzustellen, die auch in den kleinen reisbauenden Betrieben rentabel eingesetzt werden können. Im übrigen kam es darauf an, die Bewässerungsanlagen zu verbessern und mehr Kunstdünger auf die Flächeneinheit zu verwenden. Hierzu mußten die Landwirte durch Belehrung angehalten werden. Die Bodenreform als solche wirkte sich auf die Steigerung der Produktion nicht aus. Sie hatte zwar eine Besserung der Eigentumsverhältnisse gebracht, aber sie hatte nichts an den ungünstigen Größenverhältnissen der Betriebe geändert. In den nördlichen Teilen von Honshu und Kokaïdo wurde die Grünlandfläche vermehrt, um den Bestand an Rindern zu heben, um dadurch eine Vergrößerung der Produktion an Butter und Milch zu erreichen.

Die Erzeugung des wichtigsten Nahrungsmittels, des Reises, begann sich bald zusehends zu heben, so daß die Einfuhr an Reis abnahm. 1959/60 konnte der Reisbedarf von 13 bis 14 Millionen t durch die Produktion im eigenen Land fast gedeckt werden. Die Einfuhr an Reis ist von 1,1 Millionen t im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1956 auf 0,3 Millionen t im Jahre 1957 gesunken. Da die Bauern in vermehrtem Maße Kunstdünger aufwandten, konnte der ha-Ertrag der Reisflächen von 34,5 dz im Jahr 1953 auf 46,8 dz im Jahr 1958 gesteigert werden; damit übertraf er den Vorkriegsertrag der Jahre 1934 bis 1938 von 36,3 dz um 10,5 dz<sup>57</sup>. Die Hauptlast der Nahrungsmiteleinfuhr liegt heute beim Zucker. 1953 wurden 1,2 Millionen t Zucker aus Formosa eingeführt; die Zuckereinfuhr schwoll auf 6,9 Millionen t im Jahre 1957 an, worin man wohl ein Zeichen steigender Lebenshaltung und wachsenden Wohlstandes sehen kann.

Trotz des gewaltigen Aufschwungs der japanischen Wirtschaft und des Außenhandels in den Jahren seit dem Koreakrieg beträgt infolge der weiter verhältnismäßig stark zunehmenden Bevölkerung die Zahl der Arbeitslosen 1959 noch 580 000. Das mag im Verhältnis zu den 43,6 Millionen Erwerbstätigen gering erscheinen, aber fast die Hälfte der Arbeitslosen entfällt auf die Landwirtschaft<sup>58</sup>. Mit daran aber scheitert es, daß der Wohlstand auf dem Lande mit der Wohlstandsmehrung in den Städten Schritt hält. Das Land ist in Japan stark überbevölkert, und darin liegt ein sehr wichtiges wirtschaftliches und soziales Problem. Die Frage ist durchaus berechtigt, ob und wie lange noch die landwirtschaftliche Bevölkerung die gedrückte wirt-

<sup>57</sup> Japanese Economic Indicators, Mai 1960, S. 18. Economic Agency.

<sup>58</sup> S. Tabelle 16.



schaftliche Lage zu ertragen gewillt ist, und welche Rückwirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft sich ergeben, wenn das einmal nicht mehr der Fall ist. Wir haben gerade in den Jahrzehnten zwischen den beiden Weltkriegen in Japan gesehen, welche revolutionären Antriebe davon ausgehen können, wenn die Wohlstandsmehrung auf dem Lande hinter der in den Städten zurückbleibt.

Die Regierung will das Problem dadurch lösen, daß sie eine durchschnittliche Zuwachsrate des Sozialprodukts im Jahr von 7,2 % erstrebt, so daß sich das Sozialprodukt bis 1970 verdoppelt<sup>59</sup>. Dieses Ziel dürfte erreichbar sein, wenn die Industrialisierung weiter in dem bisherigen Tempo fortschreitet, und wenn es gelingt, die dafür notwendigen Importe zu bezahlen, wozu das jährlich erforderliche Devisenaufkommen von 4 Milliarden US-Dollars auf 7 Milliarden Dollars gesteigert werden müßte. Das aber ist wiederum nur durch eine Erweiterung des Außenhandels möglich, wobei seine zentrale Bedeutung für die Gestaltung der japanischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse deutlich hervortritt. Ein zweites Mittel, die Bevölkerung auf dem Lande zu verdünnen, ist die Auswanderung. Im Jahre 1952 konnte die japanische Auswanderung wieder einsetzen, und bis Ende 1959 haben 35 433 Auswanderer, durchweg Landwirte, das Land verlassen<sup>60</sup>. In den USA hat man die Dringlichkeit des Problems erkannt, und deswegen hat Präsident Eisenhower Anfang 1960 eine besondere Botschaft an den Kongreß gerichtet, in der er beantragte, daß die japanische Auswanderungsquote nach den USA von 185 Einwanderern auf 1859 erhöht würde. Aber fast noch wichtiger als die USA sind die südamerikanischen Staaten als Einwanderungsländer für die Japaner. Von den 35 433 Auswanderern der Jahre 1952 bis 1959 wurden allein 28 606 von Brasilien aufgenommen, während der Rest Unterkunft in Paraguay, der Dominikanischen Republik, in Bolivien und Argentinien fand. In den Aufnahmeländern sind die Japaner vor allem als Landwirte tätig, weil sie fast durchweg aus den überbevölkerten landwirtschaftlichen Gebieten Japans kommen.

Das dritte Mittel, um des Wettlaufs zwischen Bevölkerungsvermehrung und Produktionsmöglichkeiten Herr zu werden, ist die Geburtenkontrolle. Sie ist offenbar in Japan gegenüber den anderen ostasiatischen Ländern wegen des hohen Bildungsstandes der Bevölkerung, der weiten Verbreitung von Presse, Radio und Fernsehen wirksamer. Aufgrund des eugenischen Schutzgesetzes von 1949 haben von 1949 bis 1955 5,5 Millionen legale Abtreibungen stattgefunden; seitdem hält sich die Zahl jährlich auf 1 bis 1½ Millionen. Die Regierung ist bestrebt, die Größe der Bevölkerung bei etwa 100 Millionen zu

<sup>59</sup> S. Tabelle 17.

<sup>60</sup> The Japan Times vom 26. 3. 1960.

stabilisieren. Dieses Ziel dürfte etwa um die Jahrhundertwende nach japanischen Berechnungen erreicht werden<sup>61</sup>. Auf das eugenische Schutzgesetz ist es wohl zurückzuführen, wenn der Geburtenüberschuß in Japan von 1,3 Millionen = 15,4 ‰ im Jahre 1951 auf 811 000 = 8,3 ‰ im Jahre 1957 zurückgegangen ist, obwohl die Säuglingssterblichkeit sich im gleichen Zeitraum von 57,9 ‰ auf 40,1 ‰ verringert hat<sup>62</sup>.

Es ist zu erwarten, daß einmal das Schutzgesetz weiter wirken wird, und daß ferner die Bevölkerung erkennt, wie mit zunehmender Hygiene und mit erfolgreicher Bekämpfung der Epidemien durch die Fortschritte der Medizin weniger Kinder in die Welt gesetzt zu werden brauchen als bisher, um die Familie zu erhalten. Denn es werden mehr Kinder in das Alter der Erwerbs- und Zeugungsfähigkeit gelangen. Aus diesen Gründen dürfte sich das Ziel, das sich die Regierung gesetzt hat, sehr wohl erreichen lassen, zumal es im Rahmen der gesellschaftlichen Entwicklung liegt, die wir auch in den europäischen Industriegesellschaften beobachten können.

Diese Tendenz und die Auswirkungen des eugenischen Gesetzes dürften nach japanischen Berechnungen den Geburtenüberschuß bis zum Jahre 1990 auf 0,03 ‰<sup>63</sup> zurückgehen lassen. Dennoch wird der erwerbsfähige Anteil der Bevölkerung im Alter von 15 bis 49 Jahren von 58 Millionen auf 68,6 Millionen im Jahre 1970 und auf 71 Millionen im Jahre 1990 zunehmen. Wenn man so bis zum Jahre 1970 das Sozialprodukt verdoppeln will, muß in der Zeit von 1959 bis 1970 für 25 Millionen Menschen Arbeit beschafft werden. Das aber zwingt wiederum dazu, die arbeitsintensiven Teile der Wirtschaft zu pflegen. Dem kommt allerdings die Tendenz entgegen, daß mit zunehmender Industrialisierung die tertiären Dienste relativ viel Menschen zu beanspruchen pflegen. Man wird also gerade eine Mechanisierung dieser Dienstleistungen so weit als möglich vermeiden müssen. Diese Absicht tritt auch heute schon in Japan zutage, wenn man sieht, wie der Dienstleistungsbereich für europäische Begriffe mit Menschen erheblich übersetzt erscheint, wie z. B. in Hotels, Banken, Läden und Warenhäusern. In diesen Zweigen der Wirtschaft sucht heute das zahlreich vorhandene akademische Proletariat Arbeit und Brot, auch wenn die Beschäftigung nicht seiner Ausbildung entspricht. Dieses akademische Proletariat zu vermindern, wird eine der wichtigsten sozialen und politischen Aufgaben sein, denen sich die japanische Regierung gegenüber sieht.

<sup>61</sup> Ayanori Okasaki, *Japans Population Problems*, Tokyo 1957, S. 24.

<sup>62</sup> Stat. Jahrb. f. d. Bundesrepublik Deutschland, 1954, S. 23<sup>+</sup>, 1959, S. 25<sup>+</sup>.

<sup>63</sup> Ayanori Okasaki, a.a.O., S. 23.

Gelingt es, das Sozialprodukt bis 1970 zu verdoppeln, so würde sich auch der Anteil des Volkseinkommens je Kopf der Erwerbstätigen von 180 Yen im Jahre 1958 auf 300 Yen im Jahre 1970 erhöhen, so daß, wenn die Preise gleichbleiben, sich auch die Kaufkraft der Erwerbstätigen erhöhen würde. Jedenfalls ist es für die japanische Regierung sehr schwer und auch zeitraubend, das Problem des Wettlaufes zwischen Bevölkerungszuwachs und Produktionsmöglichkeiten zu lösen. Das wird nur dadurch möglich sein, wenn die Wettbewerbsfähigkeit der japanischen Industrie auf dem Weltmarkt erhalten bleibt, wenn die Masse der Japaner an der bescheidenen, wenn auch den Sitten des Landes entsprechenden Lebenshaltung festhält und sich nicht den *american style of life* zum Vorbild nimmt, der sich in Kreisen der wohlhabenderen Schichten breit zu machen beginnt.

Inzwischen hat sich die Lebenshaltung der japanischen Bevölkerung beträchtlich gehoben. Der monatliche Durchschnittslohn des Industriearbeiters ist von 150 DM im Jahre 1952 auf 175 DM im Jahre 1958 gestiegen. Allerdings liegen die Löhne in den mittleren und kleinen Betrieben etwa 25 bis 33 % unter denen, die in den Betrieben über 500 Mann gezahlt werden<sup>64</sup>. Aber diese Zahlen geben noch nicht die Beträge richtig wieder, die eine durchschnittliche japanische Arbeiterfamilie von 4,8 Personen im Monat für ihren Lebensunterhalt ausgeben kann, weil in den monatlichen Löhnen nicht die Einnahmen der mitarbeitenden Familienangehörigen und die halbjährlichen Bonus enthalten sind, die in Japan den Arbeitern gezahlt werden. Wird auch dieses Moment berücksichtigt, so ergibt sich, daß im Durchschnitt die Familie eines Industriearbeiters im Monat auszugeben hatte im Jahre 1952 rund 300 DM und im Jahre 1958 rund 350 DM<sup>65</sup>. Dabei wäre für einen Vergleich mit den Lohn- und Einkommensverhältnissen in der Bundesrepublik noch zu berücksichtigen, daß die Binnenkaufkraft des Yen etwa doppelt so groß ist als die der DM. Die Reallöhne in der Industrie sind, wenn man 1955 = 100 setzt, von 86,9 im Jahre 1951 auf 163,0 in 1958 gestiegen<sup>66</sup>.

Die Erhöhung der Einkommen hat dem Engelschen Gesetz entsprechend die prozentuale Verteilung der Einnahmen auf die einzelnen Ausgabezwecke verschoben. Diese Verschiebung aber deutet auf eine beträchtliche Hebung der Lebenshaltung<sup>67</sup>. Der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel ist zurückgegangen, während der für Verschiedenes gestiegen ist. Unter den verschiedenen Ausgaben aber nehmen die Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter einen beträcht-

<sup>64</sup> Ichiro *Nakajama*, *Japans Labour Problems*, Tokyo 1957, S. 7, und *Japanese Economic Statistics*, March 1960, Bulletin No. 18, S. 82.

<sup>65</sup> *Japanese Economic Statistics*, a.a.O., S. 85.

<sup>66</sup> *Japanese Economic Statistics*, a.a.O., S. 84.

<sup>67</sup> S. Tabelle 19.

lichen Platz ein. Die japanische Hausfrau kauft heute ebenso wie die deutsche elektrische Waschmaschinen, Kühlschränke, Nähmaschinen, elektrische Bügeleisen, Radiogeräte und Fernsehapparate. Nach den Angaben der japanischen Rundfunkgesellschaften betrug die Anzahl der registrierten Fernsehapparate am 15. Mai 1957 500 000 Stück; im Oktober 1959 waren es bereits 3 Millionen Stück. Nach der gleichen Quelle verfügte im Jahre 1959 drei Fünftel der städtischen Haushalte und 50 % der ländlichen Familien über ein Radiogerät. Aber zu den täglichen Bedürfnissen des Japaners gehören auch Bücher und Zeitungen. Man kann in den zahlreichen Buchhandlungen Tokyos und der anderen größeren Städte sehen, wie sie dauernd von Käufern, auch aus den Reihen der Arbeiter, besucht werden. Jeder Japaner liest am Tage eine bis zwei Zeitungen, so daß die Auflagen der großen Zeitungen wie Asahi-Shimbun und Manichi-Shimbun täglich 2 bis 3 Millionen Exemplare betragen. Der Verbrauch an Textilien je Kopf ist in Japan keineswegs niedriger als in Dänemark und in Luxemburg<sup>68</sup>. Auch auf dem Lande hat sich der Wohlstand, wenn auch in erheblich geringerem Maß als in der Stadt gehoben. Heute werden keine Mädchen mehr vom Lande in die Vergnügungsviertel der großen Städte als Prostituierte verkauft.

So ist der Japaner, vor allem in der Stadt, auch im europäischen Sinne gesprochen keineswegs arm, selbst wenn die Ernährung der breiten Massen und die Wohnverhältnisse weiter einfach geblieben sind. Man gibt wenig aus für Alkohol, Tabakwaren, Käse und Fleisch, das höchstens 2- bis 3mal in der Woche auf den Tisch kommt.

Wenn die japanische Volkswirtschaft einen derartigen beachtlichen Aufschwung in den Jahren nach 1951 nehmen konnte, so ist das sicher in erheblichem Umfang auf den Korea-Boom zurückzuführen. Aber mindestens einen ebenso großen Anteil hat auch die japanische Wirtschaftspolitik daran, die die veränderten Strukturverhältnisse zu meistern verstanden hat. Die verderblichste *Strukturwandlung* neben den Gebietsverlusten, die der japanischen Wirtschaft von außen aufgezwungen worden war, war die Zerschlagung der Zaibatsu. Sie stellten ein beträchtliches ökonomisches und technisches Potential dar. Vor allem waren in ihnen die fähigsten Köpfe der japanischen Wirtschaft tätig gewesen. Daß Köpfe und Potential wieder eingeschaltet werden konnten, war das Verdienst der amerikanischen Besatzungsbehörde, die im Jahre 1948 ein Wiederaufleben der Zaibatsu gestattete.

Die leitenden Persönlichkeiten der nun wieder neu entstehenden Großkonzerne waren aber nicht die Mitglieder der alten Zaibatsufamilien, sondern die damaligen Direktoren, die Manager. Manager

<sup>68</sup> Working Conditions in Japan, Ministry of Foreign Affairs, Tokyo 1959, S. 9.



aber sind Persönlichkeiten, die in einem Unternehmen zwar nicht Eigentümer der Produktionsmittel sind, jedoch den Zugang zu ihnen beherrschen, sie koordinieren und neben festem Einkommen am Gewinn der Unternehmer beteiligt sind. Aus Familienunternehmen wurden die Zaibatsu so zu Managerunternehmen. Diese Manager hatten sich schon früh in „Clubs“ zusammengefunden. Im Jahre 1946 bereits bildete sich der sogenannte „Freitagclub“ aus den ehemaligen leitenden Managern des Mitsubishi-Konzerns. Wenig später fanden ähnliche, klubartige Zusammenkünfte der Leiter des ehemaligen Mitsui- und Semitono-Konzerns statt. Diese Klubs waren zentrale Steuerungsorgane der ehemaligen Konzernunternehmen, die dafür sorgten, daß der Zusammenhalt zwischen den einzelnen früher zum gleichen Konzern gehörenden Unternehmen gewahrt blieb, sie regelten den systematischen Aufbau der Produktion und verhinderten, daß zwischen den alten Konzernunternehmen etwa eine ruinöse Konkurrenz entstand. Sie trugen auch Sorge dafür, daß die großen Handelshäuser, die vor 1945 den Ausgangs- und Mittelpunkt der Konzerne gebildet hatten, ihre weitreichenden Erfahrungen im Außenhandel wieder nutzbar machen konnten und ihre führende Stelle im Im- und Export zurückerhielten. Damit bekam das Handelskapital eine dominierende Stellung innerhalb der japanischen Volkswirtschaft.

Als nun der Korea-Boom einsetzte, und als die Amerikaner ein Interesse an einer schnellen Ausweitung der japanischen Produktion zeigten, waren die einzelnen früheren Konzernunternehmen wieder intakt, mit Ausnahme des Yasuda Konzerns, der sich nicht wieder zusammenfand. Gleichzeitig aber setzte eine neue Welle der finanziellen und technischen Konzentration in der japanischen Wirtschaft ein, und es entstanden neben den alten Zaibatsu eine beträchtliche Anzahl neuer Konzerne. In diesem Konzentrationsprozeß gewannen die großen Banken der Zaibatsu bei dem in Japan herrschenden Kapitalmangel schnell eine beherrschende und führende Stellung. Neben das Handelskapital der großen Handelshäuser trat nunmehr das Bank- und Industriekapital. Das größte Bankunternehmen ist die Konzernbank der Mitsubishi-Gruppe, die Mitsubishi Banking and Trust Co. Die Mitsubishi-Gruppe umfaßt 27 ihr angegliederte Unternehmen aus allen Zweigen der Industrie. Sie ist seit 1955 bahnbrechend für die Verwertung der Kernenergie. Die Mitsui-Gruppe, mit den ihr angeschlossenen 28 Unternehmen, leistet Pionierdienste auf dem Gebiet der Petrochemie. Sie hat zu diesem Zweck enge Beziehungen zur englischen Shell-Gruppe, und zur deutschen Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen angeknüpft. Mitsui und Mitsubishi haben ihren Sitz in Tokyo, während der dritte große Konzern, die Sumitomo-Gruppe, in Osaka domiziliert. Sie umfaßt 15 Unternehmen, über

die sie wichtige Teile der schweren und der chemischen Industrie beherrscht. Zwischen den alten Konzernen untereinander und zwischen den neuen, nach 1951 entstandenen Gruppen bestehen zahlreiche personelle und finanzielle Querverbindungen, wobei diese meist über die großen Konzernbanken gehen. Die Bedeutung dieser Konzernbanken geht daraus hervor, daß sieben von ihnen im Jahre 1959 45 % aller in Japan vorhandenen Depositen hielten und 40 % aller gewährten Kredite gegeben hatten. Die ökonomische Macht der Zaibatsu ist also vollkommen wiederhergestellt, und es ist die Frage, welche Wirkungen daraus für das Wirtschaftssystem und die japanische Gesellschaft entstehen.

### *c) Das Wirtschaftssystem*

Die Zaibatsu sind nicht mehr Familienunternehmen, sondern Aktiengesellschaften, deren Aktien verhältnismäßig weit gestreut sind, auch wenn ein Teil der Aktien im Laufe der letzten Jahre wieder aus den Händen Privater in den Besitz der großen Konzernbanken übergegangen ist. An der Spitze stehen heute „Manager“. Das hat zur Folge, daß die auf dem Erwerbsprinzip beruhende Wirtschaftsgesinnung wohl etwas stärker individualistisch geprägt ist als vor 1945. Aber dennoch hat man den Eindruck, daß auch diese Manager ebenso wie die mittleren und kleinen Unternehmer noch sehr von dem Gedanken erfüllt sind, die japanische Volkswirtschaft so auszubauen und zu festigen, daß Japan wieder, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiet, seine vorherrschende Stellung in Ostasien einnehmen kann, ja einnehmen muß, wenn es seine wachsende Bevölkerung ernähren und erhalten will. So spielt der nationale Solidarismus auch heute im japanischen Wirtschaftsleben noch eine maßgebliche Rolle.

Gerade deswegen hält man im Gegensatz zu China und der Sowjet-Union an einer weitgehend freien Verkehrswirtschaft als ordnendem Regulierungsprinzip fest. Jedoch kann der Staat nicht darauf verzichten, seinerseits regulierend in den Gang und in die Entwicklung der Volkswirtschaft einzugreifen. Das verlangt die Behebung der noch vorhandenen Auswirkungen des Krieges, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der Kapitalmangel und die sehr empfindliche Lage des für die japanische Wirtschaft entscheidenden Außenhandels. Dadurch sind der Selbststeuerung der Wirtschaft allein durch die Marktlage Grenzen gesetzt. Eine krisenhafte Entwicklung gilt es aus politischen, sozialen und ökonomischen Gründen zu vermeiden, weil die Auswirkungen einer solchen Krise angesichts der labilen Lage der Volkswirtschaft nicht zu übersehen sind.

Arbeitslosigkeit und Wettbewerbsstellung der japanischen Industrie im Außenhandel verlangen zunächst eine billige und ausreichende Ernährung. Deshalb greift die Regierung in das Marktgetriebe des

wichtigsten Nahrungsmittels, des Reises, ein und reguliert, wie vor dem Kriege schon, Preise und Verteilung. Weitere unmittelbare Eingriffe mit gesetzlichem Zwang waren auch notwendig, um den Wert des Yen zu heben und zu stabilisieren, nachdem die Währung im Kriege durch Inflation entwertet worden war. Devisen werden zwangsbewirtschaftet, die Ausfuhr von Yen aus Japan und die Einfuhr von Yen nach Japan ist verboten. Doch ist zusammen mit der Liberalisierung des Außenhandels die Absicht verbunden, den Yen konvertierbar zu machen. Auf industriellem Gebiet begnügt sich die Wirtschaftspolitik mit lenkender Beratung. Dazu ist die Economic Planning Agency neu geschaffen worden. Sie legt gewisse Richtlinien der Wirtschaftspolitik und der Entwicklung fest, aber sie ist kein Organ einer zentralen Verwaltungswirtschaft, die für alle bindende Pläne aufstellt. In gleicher Weise wirkt der schon vor dem Kriege tätig gewesene Industrial Rationalisation Council, der sich mit den gerade in Japan sehr notwendigen, aber schwierigen und komplizierten Maßnahmen für eine Rationalisierung der Betriebe befaßt, und endlich überwacht auf Grund des Monopolgesetzes von 1948 und 1953 die Fair Trade Commission den Markt dahin, daß die Bestimmungen des Gesetzes über die Monopolbildungen eingehalten werden, damit nicht monopolistische Preisgestaltungen den Wettbewerb auf dem Markt in schädlicher Weise beeinflussen. Die Zahl der Kartelle hat sich gegenüber der Zeit vor dem Kriege erheblich vermehrt; 1957 zählte man deren 1700, die aber offenbar nicht gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen<sup>69</sup>. Die Organe, deren sich die Regierung bedient, um eine Kontrolle über die japanische Wirtschaft zu gewinnen, um die Größe der Produktion, das Ausmaß und die Richtung des Außenhandels zu beeinflussen, sind der Bund der japanischen Wirtschaftsorganisationen und die schon vor dem Krieg vorhandenen Auenhandelsassoziationen (Kumiais). Der Bund japanischer Wirtschaftsorganisationen stellt die wirtschaftspolitischen Ziele der Industrie auf und unterbreitet dann seine Auffassungen der Regierung, die diese Empfehlungen auch in der Regel anzunehmen pflegt. Der Bund japanischer Arbeitgeber legt die Richtlinien der Lohnpolitik und die Taktik gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften fest. Außerdem bemüht er sich, eine Übereinstimmung zwischen Arbeit und Kapital herzustellen. Die Führung dieser beiden Verbände liegt bei den großen wiedererstandenen Zaibatsu. Endlich ist die japanische Industrie- und Handelskammer das Bindeglied zwischen den großen und den kleinen Unternehmen. Sie verfolgt das Ziel, einen Zusammenhalt zwischen den japanischen Unternehmern herzustellen und zu

<sup>69</sup> Hiroshi Acino, Zehn Jahre Antimonopolgesetz in Japan, in: Jahn-Junckers-torff, Internationales Handbuch der Kartellpolitik, Berlin 1958, S. 323.

festigen. Aber auch in der Industrie- und Handelskammer haben die großen Unternehmen das Übergewicht.

Die starke Position der großen Industrie verhindert aber nicht, daß auf dem Markt eine starke Preis- und Qualitätskonkurrenz zwischen den großen Unternehmen untereinander und zwischen den kleinen Betrieben stattfindet. Ein Wettbewerb zwischen Klein und Groß besteht vor allem auf dem Markt der Nähmaschinen, der Fahrräder, der photographischen Kameras und optischen Geräte sowie auf dem Markt der Präzisionsinstrumente. Trotz der Kartelle wird also der japanische Markt noch weitgehend von einem wirksamen Wettbewerb beherrscht.

Auch auf dem Lebensmittelmarkt ist der Wettbewerb groß. Die Entwicklung eines Genossenschaftswesens steht noch in den ersten Anfängen, und Konsumgenossenschaften sind überhaupt noch nicht vorhanden.

Fassen wir nunmehr unsere Eindrücke, die einem unmittelbaren Einblick in das japanische Wirtschaftsgetriebe entstammen, und das Ergebnis unserer Untersuchungen zusammen, so hat seit Beendigung des zweiten Weltkrieges sich die Struktur der japanischen Wirtschaft weitgehend der Struktur der großen, alten Industriewirtschaften in Europa und den USA genähert. Vom Ende des ersten Weltkrieges bis heute ist Japan zu einem hochentwickelten Industriestaat geworden und seine Wirtschaft zeigt das Bild eines entwickelten Hochkapitalismus. Japan befindet sich nunmehr im dritten Stadium der Industrialisierung, in dem ein Gleichgewicht zwischen Konsumgüter- und Produktionsmittelindustrien mit einer Tendenz zum Überwiegen der Produktionsmittelindustrien herrscht<sup>70</sup>. Aber die Dynamik des technischen Fortschritts ist in Japan weniger stürmisch; sie hat wohl zu einer aufwärts strebenden Konjunktur, doch nicht zu einem Boom geführt, wie etwa in der Bundesrepublik. In Japan ist eine industrielle Reservearmee vorhanden, die auf das Lohnniveau drückend wirkt, und damit einer zu stürmischen Erhöhung der Konsumentenkaufkraft entgegenwirkt. Die Marktgestaltung weist wohl oligopole Züge auf, die auch die Tendenz haben, stärker und mächtiger zu werden, aber das japanische Kartellgesetz beruht auf einem unbedingten Kartellverbot, enthält scharfe Bestimmungen gegen den unlauteren Wettbewerb und überwacht die personelle und finanzielle Verflechtung der Unternehmen in ihrer Wirkung auf eine Beschränkung des Wettbewerbs, auch wenn die Beteiligung einer Unternehmung an der anderen von 5 % des Aktienkapitals auf 10 % erhöht worden ist<sup>71</sup>. So herrscht auf dem japanischen Markt noch weitgehender Wettbewerb,

<sup>70</sup> W. G. Hoffmann, a.a.O., S. 95.

<sup>71</sup> Hiroshi Acino, a.a.O., S. 307 ff.



der allerdings an einzelnen Stellen auch schon ruinöse Züge zeigt. Von seiten des Staates wird in den Binnenmarkt mit dirigistischen Maßnahmen mit Ausnahme des Reismarktes nicht eingegriffen. Der Staat lenkt die Volkswirtschaft vor allem durch Beratung. Ihm gilt die freie Unternehmertätigkeit nach wie vor als die wichtigste Kraft und Quelle für eine erfolgreiche Entwicklung der Wirtschaft und die Vermehrung des Sozialprodukts. Die japanische Wirtschaft ist in erster Linie Außenhandelswirtschaft. Eine solche Wirtschaft muß beweglich sein, um sich den schnell einsetzenden Veränderungen auf dem Weltmarkt anpassen zu können. Das ist nur bei freier Entfaltung der Unternehmerinitiative möglich. Doch können wir wohl das japanische Wirtschaftssystem nach 1945 als ein System des durch staatliche Beratung gelenkten Hochkapitalismus bezeichnen.

## 2. Die japanische Gesellschaft nach 1945

Doch dieses Wirtschaftssystem kann erst recht verstanden werden, wenn man die gesellschaftlichen Verhältnisse betrachtet, mit denen es in Wechselwirkung steht. Allerdings ist die japanische Gesellschaft nach 1945 nicht aus der Eigendynamik der alten Gesellschaft aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg entstanden, sondern sie verdankt ihre Existenz vornehmlich dem Eingreifen der amerikanischen Besatzungsbehörde. Ziel dieser Eingriffe war die Schaffung einer japanischen Demokratie nach europäisch-amerikanischem Muster. Die Grundlagen dieser Demokratie aber bilden die Gedanken der französischen Revolution und des in der Renaissance wieder aufgelebten Humanismus. Beide geistigen Bewegungen aber sind den Japanern als einem ostasiatischen Volk fremd. Sie müssen für ihn trotz aller europäischen Bildung, die unter dem Einfluß der Industrialisierung und der sie beherrschenden Technik nach Japan eingedrungen war, fremd bleiben. Daran ändert auch die große Anpassungsfähigkeit, die dem Japaner eigen ist, nichts. Die wichtigsten gesellschaftlichen Wandlungen, die sich nach 1945 unter Einwirkung von außen vollzogen haben, sind:

1. die Entgöttlichung des Kaisers;
2. die Einführung einer parlamentarischen Demokratie;
3. die Entstehung einer einflußreichen, freien Arbeiterbewegung;
4. die Umwandlung der meisten landwirtschaftlichen Pächter in Bauern, die auf eigenem Grund und Boden wirtschaften.

Wenn die Erfahrung zutrifft, daß eine freiheitliche Demokratie nach europäisch-amerikanischem Muster für ihre Existenz in den Städten eine gesunde freiheitlich denkende Mittelklasse und auf dem Lande eine sparsame, selbständige, auf ihre Freiheit bedachte, existenzfähige Bauernschaft voraussetzt, so haben wir den Hinweis,

auf welche Fragen sich die kommende Untersuchung zu erstrecken hat.

Auf alle Teile des japanischen Volkes und ihre zwischenmenschlichen Beziehungen zueinander und deren *Geist* mußte als erstes Moment die Niederlage und ihre Folge wirken. War es doch der erste Krieg, den Japan in seiner tausendjährigen Geschichte verloren hatte. Aber das Drückende der Niederlage wurde dadurch erleichtert, daß der Kaiser selbst über den Rundfunk seinem Volk bekanntgab, warum er die Kapitulation befohlen hatte. Damit war jedem Japaner der verpflichtende Befehl gegeben, die Folge dieser Maßnahme in Treue und Hingabe an den Kaiser zum Wohle Japans auf sich zu nehmen. Auch die Rundfunkansprache an sein Volk zu Neujahr 1946, in der er erklärte, daß er nicht göttlichen Ursprungs sei, änderte nichts an den verpflichtenden Beziehungen, die zwischen dem Kaiser und jedem einzelnen Japaner bestanden, und die erst durch den Tod zum Erlöschen gebracht werden konnten. Das Dasein des Japaners seinen Mitmenschen gegenüber besteht eben aus einem Geflecht von Verpflichtungen. So blieb auch der Kaiser Kaiser und oberstes Familienhaupt, auch wenn er nicht göttlicher Natur war, wie überhaupt für den Japaner ein Japan ohne den Kaiser kein Japan mehr ist. Dieses „monarchische Gefühl“ des Japaners beruht also nicht, wie etwa in Europa, auf sentimentaler oder rationaler Grundlage, sondern es ist ein Teil seines inneren Wesens und ein Stück Weltordnung. Von diesem Gesichtspunkt ist auch die Feststellung Max Webers, daß für die charismatische Monarchie verlorene Kriege gefährlich seien, weil sie das Charisma des Monarchen nicht als bewährt erscheinen lassen, nur mit großer Einschränkung auf japanische Verhältnisse anwendbar<sup>72</sup>. Es zeigt sich darin, daß europäische und japanische Verhältnisse nicht mit dem gleichen Maßstab gemessen werden können und deshalb auch nicht die gleichen Gesetzmäßigkeiten oder Chancen aufweisen. Von diesem Gesichtspunkt ist auch die neue japanische Verfassung vom 3. Novembe 1946 aus zu betrachten. Sie wurde unter dem Druck der Besatzungsmacht vom japanischen Parlament angenommen.

Die Präambel sagt u. a. Folgendes<sup>73</sup>:

„Wir, das japanische Volk, vertreten durch unsere richtig gewählten Abgeordneten in der nationalen Volksvertretung, haben beschlossen, daß wir für uns selbst und unsere Nachkommen die Früchte einer friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern sichern und die Segnungen des Friedens in diesem Lande wahren wollen. Wir haben weiter beschlossen, daß wir niemals wieder durch die Taten einer Regierung von dem Schrecken des Krieges heimgesucht

<sup>72</sup> Max Weber, a.a.O., S. 146.

<sup>73</sup> Amos J. Peaster, *Constitutions of Nations*, Bd. II, 2<sup>nd</sup> Edition, Den Haag 1956,

werden wollen, und wir verkünden, daß die souveräne Gewalt beim Volke ruht, und wir wollen sie in dieser Verfassung fest verankern. Wir verwerfen und widerrufen alle Verfassungen, Gesetze, Verordnungen und Erlasse, die dem widersprechen. Wir, das japanische Volk, wünschen Frieden für alle Zeiten und sind fest überzeugt von den hohen Idealen, die die menschlichen Beziehungen regeln.“

Diese Präambel erinnert in fataler Weise an die Selbstkritik kommunistischer Parteifunktionäre, und außerdem verlangt sie ein Bekenntnis zu Idealen, die der breiten Masse des japanischen Volkes vollkommen fremd sind. Es gibt wohl keine schärfere, aber auch keine anmutigere Kritik von amerikanischer Seite an den Versuchen, das japanische Volk im Sinne westlicher Staats- und Gesellschaftsauffassungen zu erziehen als das humorvolle Theaterstück vom kleinen Teehaus.

Der Art. 1 der Verfassung bestimmt sogleich, daß der Kaiser nur Symbol des Staates und der Einheit des japanischen Volkes zu sein hat, und daß seine Stellung auf dem Willen des Volkes beruht, das im Besitze der souveränen Gewalt ist.

Im Art. 9 der Verfassung verzichtet das japanische Volk auf den Krieg als ein souveränes Recht der Nation und auf die Drohung oder Anwendung von Gewalt, wenn internationale Meinungsverschiedenheiten zu beseitigen sind. Aus diesem Grunde sollen weder Land- oder See- noch Luftstreitkräfte oder irgendeine andere Möglichkeit, Krieg zu führen, unterhalten werden. Das Recht, Krieg zu führen, wird verworfen.

Art. 24 stellt die Gleichberechtigung von Mann und Frau her und bezeichnet die Ehe als auf dem beiderseitigen Einverständnis der Ehepartner gegründet. Zusammen mit dem Art. 1 über die Stellung des Kaisers legt dieser Artikel die Axt an die Wurzeln des japanischen Familiensystems und der Hierarchie.

Art. 93 endlich dezentralisiert die politische Macht zugunsten der Demokratie, wenn er fordert, daß die leitenden kommunalen Beamten durch die Bewohner der betreffenden Bezirke in unmittelbarer Wahl selbst gewählt werden sollen. Damit soll der Herrschaft der Clans ein Ende gemacht werden.

Die Verfassung will offenbar die Fundamente der bisherigen japanischen Gesellschaft zerstören. Das von der Besatzungsbehörde ausgesprochene Verbot des Shintoismus will dieser Gesellschaft den geistigen Mittelpunkt nehmen, von dem bisher ihre Integration ausging.

Alle diese Maßnahmen aber trafen ein Volk, das tief niedergeschlagen war, und dessen führende Schichten durch die Auflösung der Zai-batsu und die Kriegsverbrecherprozesse entmachtet worden waren.

Aber die Niedergeschlagenheit wich bald einem zähen Willen zum Wiederaufbau des Zerstörten und zum Leben. Als sich im Koreakrieg wieder die entscheidende Stellung Japans im Kampf der freien Welt gegen den kommunistischen Imperialismus abzeichnete, und als dann der Friedensvertrag mit den USA und der Sicherheitspakt zum Abschluß gelangten, als weiter die Säuberungsurteile gegen 83 000 führende Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft im Juni 1951 aufgehoben wurden<sup>74</sup>, und als endlich Japan im Jahre 1952 zur UNO zugelassen wurde, fanden die Japaner ihr Selbstbewußtsein wieder. Aber das Problem ist doch, wie soll diese neue Gesellschaft zur Integration kommen, nachdem man ihr das religiöse Zentrum genommen hat.

So sehr auch die Masse des japanischen Volkes unverrückbar am Kaisergedanken festhält, ganz ohne Einfluß ist die Beseitigung der charismatischen Herrschaft doch nicht geblieben. Naturgemäß waren es in erster Linie Teile der Intellektuellen, die europäisch-amerikanische Gedanken in sich aufgenommen hatten, die jetzt einem Prozeß der Säkularisierung unterlagen. Es handelte sich dabei um Ärzte, Anwälte, Literaten und Journalisten, zu denen sich Arbeiter und Angestellte der großen Unternehmen gesellten, die von den Gewerkschaften marxistisch beeinflußt waren. Endlich gehören dazu die Teile der akademischen Jugend, vor allem das akademische Proletariat, die dem Gedankengut des Kommunismus sich hingeeben hatten. Mit diesen Kreisen kann heute auch ein Ausländer über die Kaiserfrage diskutieren, und er wird dann manche scharfe Kritik an der Einrichtung der Monarchie und am Kaisertum insbesondere zu hören bekommen. Ein solches Verhalten war vor 1945 gar nicht möglich, weil damals noch die Institution des Kaisertums und die Persönlichkeit des Kaisers tabu waren. Außerhalb der Großstädte und in den rein ländlichen Gegenden im Norden Honshus und in Hokaido und in den gehobenen Mittelschichten sowie im Kleinbürgertum der Städte aber blieb das Charisma des Kaisers und seine Verehrung voll erhalten. Dafür zwei charakteristische Beispiele:

Die gemäßigten Sozialdemokraten haben in ihr Programm im Gegensatz zu den radikalen Sozialisten und den Kommunisten die Beseitigung des Kaisertums nicht aufgenommen. Aus den rein landwirtschaftlichen Gebieten Japans kommen täglich mehrere hundert japanischer Bauern nach Tokyo, um die kaiserlichen Gärten zu pflegen und in Ordnung zu halten, ohne dafür eine Bezahlung zu verlangen. Sie wollen damit ihrer Verpflichtung dem Kaiser gegenüber sichtbar Genüge tun. In den Kreisen des mittleren und kleinen Bürgertums und der meist nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und An-

<sup>74</sup> Edwin O. Reischauer, Japan, Berlin 1952, S. 316.



gestellten der kleinen und mittleren Betriebe hat die Heirat des Kronprinzen mit der Tochter eines bürgerlichen Industriellen die zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen dem kaiserlichen Haus und diesen Schichten anscheinend enger gestaltet. Teile des gesellschaftlichen und politisch bedeutungslos gewordenen Adels dagegen sehen in dieser Tatsache ein gesellschaftliches Herabsteigen des Kaiserhauses und eine Minderung der kaiserlichen Majestät. So stehen die große Masse des japanischen Volkes, vor allem die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kreise und die Bauernschaft auf dem Lande noch fest zur Monarchie im alten Sinne. Damit ist aber die mit der Kaiseridee eng verbundene nationale Idee nach wie vor das die heutige japanische Gesellschaft integrierende Moment, selbst wenn es nicht mehr von so ausschließlicher Wirkung ist, wie das vor 1945 der Fall war.

Die nationale Idee, deren Kennzeichen es ist, daß sie absolut indiskutabel ist, ist dies wohl sicher noch, soweit sie den Anspruch Japans auf die führende wirtschaftliche Stellung in Ostasien zum Ausdruck bringt. Aber neben die undiskutable nationale Idee hat sich noch viel stärker, als das vor 1945 der Fall war, die Diskussion und der Kampf um das politische Ziel gestellt<sup>75</sup>. Das politische Ziel ist im Rahmen der nationalen Idee ein Meilenstein zu seiner Realisierung. Es ist aus einer rationalen Überlegung entstanden, aus der Abwägung der fördernden und hemmenden Kräfte. Seine Diskussion wird zum Anstoß für die Bildung von politischen Parteien, aber es kann auch in die politischen Parteien eine Spaltung hineinragen. Dann gehen von ihm Tendenzen zur Zersplitterung der politischen Kräfte aus, die zur politischen Ohnmacht werden können, wenn dem nicht die kräftekonzentrierende Tendenz der nationalen Idee entgegenwirkt. Der Kampf um das politische Ziel wird besonders hart und destruktiv, wenn die Parteien oder eine unter ihnen weltanschaulich gebunden ist. Das politische Ziel, um das es in Japan geht, ist die Frage, ob die Politik Japans nach außen in enger Verbindung mit den USA geführt werden oder ob Japan zwischen Ost und West neutral bleiben soll. Die daraus sich ergebende Verschiedenheit der Meinungen über das politische Ziel durchzieht das japanische Volk als Ganzes. Diese Spaltung ist aus Gegensätzen der Interessen und der Überzeugungen entstanden. Für eine Neutralität und für eine Intensivierung der Beziehungen zu China treten die großen Reeder, die Fischindustrie und die Baumwollindustrie in Osaka und Nagoya ein. China war für sie der wichtigste Markt vor 1945, das allein etwa 13 % der japanischen Ausfuhr an Baumwollwaren aufnahm<sup>76</sup>. Aus Überzeugung wird dagegen von Menschen in allen Klassen und Schichten eine pazifistische

<sup>75</sup> Frhr. v. Bissing, a.a.O., S. 393.

<sup>76</sup> Martin Schwind, Japan, Düsseldorf 1954, S. 161.

Auffassung vertreten, die Japan aus dem großen Konflikt zwischen Ost und West heraushalten möchte. Dieser Pazifismus ist allerdings nicht auf den europäisch-amerikanischen Ideologien vom Zusammenleben der Völker begründet, sondern auf den Befehl des Kaisers zur Kapitulation im rational orientierten Bestreben, mit den anderen Völkern friedlich zusammenzuleben, um eine Wiederholung der Katastrophe von 1945 mit dem Bombenwurf auf Hiroshima zu vermeiden. Daraus ergibt sich auch die Ablehnung des Sicherheitspaktes mit den USA im Mai 1960 nicht nur durch die politische Opposition im Parlament, sondern auch durch eine erhebliche Anzahl Anhänger der Regierungspartei.

Die Einführung der Demokratie und die Tätigkeit der Arbeiterbewegung hat die Entwicklung der japanischen Gesellschaft zur *Klassengesellschaft* verursacht. Klassen umfassen Menschen, deren Wohl und Wehe durch wirtschaftliche Umstände bestimmt werden, wobei die Menschen sich und ihrer Abhängigkeit von diesen Umständen bewußt sind<sup>77</sup>. Im heutigen Japan gehören zur Klasse der *Bourgeoisie* die Persönlichkeiten der großen Finanz, der großen Industrie, des großen Exportgeschäftes, die früheren Großgrundbesitzer sowie die Manager der großen Unternehmen. Wenn auch die Agrarreform diese großen Grundbesitzer ökonomisch bedeutungslos gemacht hat, so hat sie ihnen die großen Forsten, die sie eigentümlich besaßen, belassen. Bei der günstigen Gestaltung der Holzpreise haben sie wieder Vermögen ansammeln können, soweit sie dem sonst durch die Agrarreform verarmten Adel entstammten. Die Manager der Zaibatsu besetzen die führenden Posten in den großen Verbänden und sie finanzieren die Liberal-Demokratische Partei, die im Parlament seit 1946 die Mehrheit hat. Dieser Klasse gehören Männer wie Kishi, der Ministerpräsident Ikeda, der Außenminister Fuijama und der Finanzminister Soho, ein Adoptivbruder Kishis, an. Mittel ihrer politischen Herrschaft ist diese stark konservative, großbürgerlich orientierte liberal-demokratische Partei.

Die Umwandlung der Zaibatsu aus Familiengesellschaften in Aktiengesellschaften mit verhältnismäßig weit gestreutem Aktienbesitz hat die ökonomische und gesellschaftliche Macht der Manager gestärkt. Innerhalb der Zaibatsu ist die Verflechtung und der Zusammenhalt der Konzernunternehmen dadurch gewahrt, daß die einzelnen Unternehmen aneinander im Rahmen des Antimonopolgesetzes (10 % des Aktienkapitals) kapitalmäßig beteiligt sind. Aber das Verhältnis zwischen Unternehmen und Leitung ist von Familienrücksichten befreit und dadurch versachlicht. Weiter aber ergänzt sich heute die japanische Wirtschaft führende Schicht nicht mehr aus den Nachkommen

<sup>77</sup> P. J. Bouman, Einführung in die Soziologie, Stuttgart 1955, S. 71.

der einzelnen Zaibatsufamilien, sondern es bildet sich durch Schulung und Auswahl eine führende Elite, deren Aufstieg sowohl durch fachliche und geschäftige Tüchtigkeit als auch durch persönliche Beziehungen zu den Managern bedingt ist. Hierdurch wird eine stark demokratische Tendenz ausgelöst. Aber auf der anderen Seite wahren die Manager innerhalb der Unternehmen durchaus das Prinzip des *proper station*, das sich in verschiedenen gesellschaftlichen Formen äußert, mit denen Manager und die Inhaber der verschiedenen Funktionen innerhalb der Unternehmen einander begegnen. So herrscht innerhalb der Unternehmen und Betriebe eine straff „dienstgradmäßige“ Unterordnung. Die Organisation der Unternehmen und auch der Betriebe ist also noch durchaus hierarchisch und nicht demokratisch. Wenn die Bourgeoisie sich politisch zur Demokratie bekennt, so mag man wohl im Zweifel sein, ob dieses Bekenntnis einer inneren demokratischen Gesinnung entstammt oder ob es mehr auf politischen Zweckmäßigkeitserwägungen beruht.

Das Gleiche gilt für die *Klasse der mittleren Vermögensbesitzer*. Sie weist verschiedene Schichten auf. Zunächst die sogenannte *upper middle class*, die die Beamten der höheren Bürokratie in Wirtschaft und staatlicher Verwaltung umfaßt. Auch hier ist die Herrschaft der Clans weitgehend durch die Reformmaßnahmen der Amerikaner zerstört. Die Absolventen der kaiserlichen Universität in Tokyo stellen nicht mehr wie vor 1945 allein den Nachwuchs für die höheren staatlichen Beamten. Von 1946 bis 1948 sind allein aus den Ministerien 1131 Beamte entfernt worden, weil sie politisch belastet waren, und von den unbelasteten mußten sich alle einer Nachprüfung auf ihre fachliche Eignung unterziehen, so daß innerhalb der höheren Verwaltung 40% der Stellen ihren Inhaber wechselten<sup>78</sup>. Die ausscheidenden Beamten wurden durch Persönlichkeiten aus der herrschenden Partei ersetzt. Dadurch hat vor allem die große Finanz und die große Industrie eine weitere wichtige Machtposition innerhalb der Exekutive erhalten. Die Befehlszentralen sind mit Gleichgesinnten besetzt, und es fragt sich, ob dieser Ansatz zur Patronnagebürokratie sich dahin entwickelt, daß, wenn einmal eine andere Partei an die Macht kommt, diese zum mindesten die höheren Posten mit ihren Anhängern besetzt, wodurch dann leicht die Kontinuität der Entwicklung und Verwaltung in der ganzen japanischen Demokratie zum Nachteil dieser Demokratie gestört werden kann. Zu diesen oberen Mittelschichten gehören auch die Professoren der Universitäten und Hochschulen, kurz das, was man im allgemeinen mit Intelligenz bezeichnet, also Rechtsanwälte, Ärzte und die leitenden Persönlichkeiten der großen Presse. Von den Universitätsprofessoren stehen von den Nationalökonomern

<sup>78</sup> Allan B. Cole, *Japanese Society and Politics*, Boston (Mass.) 1956, S. 27.

und Historikern ein erheblicher Teil unter dem Einfluß von *Marx*<sup>79</sup>, während die Masse der gehobenen mittleren Schichten in ihrer politischen Einstellung ausgesprochen konservativ ist. Sie halten an der japanischen nationalen Idee, allerdings in ihrer friedlichen Realisierung, aus ideologischen und ökonomischen Gründen fest. Bourgeoisie und upper middle class weisen neben innen geleiteten Zügen auch stark außen geleitete Einflüsse auf, wenn sie sich z. B. in erheblichem Umfang dem american style of life hingeben, in europäisch eingerichteten Häusern wohnen, innerhalb des Heims nicht mehr japanisch, sondern europäisch gekleidet gehen und auch ihre Ernährung amerikanischen Gewohnheiten angepaßt haben. Das alles ist in erster Linie doch eine Auswirkung des Hochkapitalismus und der engen ökonomischen Verflechtung Japans mit den USA, die mehr als vor 1945 zum Umgang mit Amerikanern zwingt. Diese Gewohnheiten werden wahrscheinlich mit der Zeit auf die anderen Klassen abfärben. Andererseits ist man sich aber nach wie vor der Eigenart und Eigenständigkeit der japanischen Kultur und ihres Wertes bewußt. So steht Neues neben dem Alten oft unvermittelt eng nebeneinander.

Während die obere mittlere Klasse differenzierter ist, als die große Bourgeoisie, ist die untere mittlere Klasse das *Kleinbürgertum*, außerordentlich scharf differenziert. In ihr finden sich die Eigentümer der mittleren und kleineren Industrie- und Handelsbetriebe zusammen, die Handwerker, Volksschullehrer und die Masse der Angestellten. Handwerker, mittlere und kleine Industrielle sind politisch wenig aktiv. Soweit ein politisches Interesse vorhanden ist, erstreckt es sich auf außenpolitische Fragen, die stark vom pazifistischen Standpunkt aus betrachtet werden. Ökonomisch fühlen sich die kleinen und mittleren selbständigen Unternehmer von der Konzentrationstendenz, die vom Industrie- und Bankkapital ausgeht, in ihrer Existenz bedroht. Sie ersehnten die Wiederherstellung der alten Zustände, in denen das Handwerk und die kleine Industrie zu blühen schien. Die in ihren Betrieben auch noch heute herrschenden patriarchalischen, vom Familiensystem ausgehenden Verhältnisse werden zwar durch die Tätigkeit der Gewerkschaften bedroht, aber veranlassen sie auch heute zu einer im allgemeinen konservativen Grundhaltung und machen sie zu Anhängern der regierenden liberal-demokratischen Partei. In ihnen ist auch der Kaisergedanke noch fest verwurzelt, und die Demokratie liegt ihnen verhältnismäßig fern. Sie ist ihnen wesensfremd, und deswegen treten sie, ebenso wie Teile der gehobenen mittleren Schicht, für eine starke, zielbewußte Führung ein, die sich ihrer Nöte annimmt. Allerdings fallen viele kleine und mittlere Betriebe der unaufhaltsam fortschreitenden Tendenz zur Konzentration zum Opfer.

<sup>79</sup> Hugh Borton u. a., a.a.O., S. 193.



So macht sich in den Kreisen vor allem der kleinen Unternehmer und der Handwerker die Neigung breit zu einer antikapitalistischen Haltung, die aber nicht ausschließt, daß man an den alten Traditionen festhält. Dem dürfte es nicht entgegenstehen, wenn aus ökonomischen Gründen und der darauf beruhenden antikapitalistischen Haltung aus diesen Kreisen der gemäßigten sozialdemokratischen Partei Stimmen zufließen.

Im Gegensatz zu diesen kleinbürgerlichen Schichten sind die anderen Schichten des unteren Mittelstandes politisch erheblich radikaler. Da sind zunächst die *Volksschullehrer*. Ihre Masse ist in der japanischen Lehrervereinigung organisiert, die der radikalen Gewerkschaftsorganisation Sohjo angeschlossen ist. Ähnliches gilt von den *Angestellten*, den sogenannten *White-Collar-Men*. Diese verrichten die tertiären Dienste, und es ist ein Kennzeichen der sich entwickelnden Industriegesellschaft, daß die tertiären Dienste relativ stärker zunehmen als die primären und sekundären Sektoren. D. h. Handel und wirtschaftliche Verwaltung beanspruchen relativ mehr Menschen, als Landwirtschaft und Industrie an ausführenden Arbeitskräften<sup>80</sup> benötigen. So entfallen auch von Jahr zu Jahr von den in den gesamten Produktionsprozeß eintretenden Erwerbstätigen in Japan rd. 70 % auf den Handel und die Dienstleistungsgewerbe. Diese an sich schon im Industriestaat vorhandene Tendenz wird noch dadurch verstärkt, daß in Japan die Bürotätigkeit besonderes soziales Ansehen genießt. Unter den in den Angestelltenberuf Eintretenden befinden sich außerordentlich viele Akademiker, denn in Japan herrscht ein Überangebot von Absolventen der Universitäten und Hochschulen. Im Jahre 1920 studierten auf den Universitäten und Hochschulen 1 % der männlichen Bevölkerung im Alter von 19 bis 24 Jahren; im Jahre 1950 hat sich dieser Satz auf 5,9 % erhöht<sup>81</sup>. Für den Japaner der mittleren und gehobenen Klassen gilt das Hochschulstudium als die notwendige Voraussetzung, um eine sozial angesehene Dauerstellung im Leben zu erhalten. Daraus hat sich ein ständig anwachsendes akademisches Proletariat gebildet, das bereit ist, jede sich ihm bietende Stelle als Verkäufer, Büroangestellter oder sogar als Facharbeiter anzunehmen, um sich den notwendigsten Lebensunterhalt zu verdienen. Dieses akademische Proletariat bringt eine stark radikale Stimmung in die Angestellten hinein. Man schätzt, daß etwa 50 % der Angestellten Sozialisten und vielleicht sogar Kommunisten sind<sup>82</sup>. Aber auch die Nichtakademiker unter den Angestellten zeigen oft ein ausgesprochen kämpferisches Klassenbewußtsein. Das hindert aber nicht, daß der

<sup>80</sup> S. Tabelle 1.

<sup>81</sup> Zensus von Japan 1950, Teil III, Bd. 1.

<sup>82</sup> Nobutaka *Ike*, Japan Politics, New York 1957, S. 179.

Unterschied zwischen Angestellten und Arbeitern scharf betont wird. Hier kommt die japanische hierarchische Auffassung von der Gesellschaft noch zum Durchbruch. Kein Angestellter wird eine Aufgabe verrichten, die einem Arbeiter zukommt. So ist in Japan die Vermischung der Funktionen von Angestellten und Arbeitern noch nicht vorhanden, wie das z. B. in der Bundesrepublik der Fall ist. Auf der anderen Seite finden sich die Angestellten mit den Arbeitern in ihrer klassenkampfmäßigen Haltung gegenüber dem Unternehmer. Gerade in den Kreisen der meist recht gebildeten und politisch interessierten Angestellten werden marxistische Bücher, die Werke von Lenin und Mao Tse-tung, die in allen Buchhandlungen zu haben sind, gelesen. Sogar das außerordentlich trockene und langweilige, dazu wissenschaftlich unzulängliche Lehrbuch der Politischen Ökonomie der Russen hat es in einer japanischen Übersetzung in knapp einem Jahr zu einem Absatz von über einer Million Exemplaren gebracht. Es dürfte seine Leser vor allem in den Kreisen des akademischen Proletariats und der White-Collar-Men gefunden haben<sup>83</sup>. Man sieht, die japanischen Mittelschichten sind nach der politischen und gesellschaftlichen Haltung außerordentlich differenziert. In den unteren Mittelschichten macht sich die Tendenz bemerkbar, gesellschaftlich von außen geleitet zu sein, wie das in den Industriegesellschaften Europas und der USA auch der Fall ist. Die Normen für das Verhalten der Angestellten, Volksschullehrer und des akademischen Proletariats sind nicht mehr an die traditionellen Überlieferungen und an den Inhalt des Shintoismus oder an das Charisma des Kaisers gebunden, sondern diese Schichten sind weithin nach außen, vor allem an dem Verhalten der sowjetischen und chinesischen Kommunisten orientiert. Sie haben das japanische Lebensprinzip der sozialen Harmonie aufgegeben und sie huldigen nicht mehr der Lehre von der richtigen Mitte. Nur in dem Verhalten der Familie gegenüber wahrt man noch in einem gewissen Umfang die Tradition, wenn man sich bei der Auswahl der Ehefrau vom Rat der Mutter weiterhin leiten läßt, und wenn man dem Familienoberhaupt den von der Familientradition geforderten Respekt entgegenbringt. Gerade in diesen Schichten, vor allem unter ihren jüngeren Angehörigen, tritt es besonders deutlich zutage, wie Altes und Neues in Japan nebeneinander stehen und wie sich die Emanzipation vom Alten zum Teil in überraschend schneller Weise vollzogen hat und weiter vollzieht.

In der industriellen *Arbeiterschaft* müssen vom gesellschaftlichen Gesichtspunkt zwei Schichten unterschieden werden. Einmal sind es die Arbeiter in den kleinen und mittleren Betrieben und dann die in den großen Unternehmen, vor allem im Bergbau und in der schwe-

<sup>83</sup> Hugh Borton u. a., a.a.O., S. 60.

ren Industrie. In den kleinen Betrieben unter 30 Arbeitern sind die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer noch weithin menschlich und patriarchalisch. Die Oyabun-Kobun-Beziehung ist dort noch trotz Kranken- und Arbeitslosenversicherung in vielen Fällen erhalten. Das Eigentümer-Nichteigentümergehörnis an den Produktionsmitteln ist in den kleinen Betrieben noch nicht der die zwischenmenschlichen Beziehungen bestimmende Spannungsfaktor. Die Gewerkschaften haben unter den Arbeitern der kleinen Betriebe wenig Anhang und daher einen relativ geringen Einfluß auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, weil die große Arbeitslosigkeit diese Unternehmer immer noch in der industriellen Reservearmee genügend Arbeiter finden läßt. Diese Arbeiter in den kleinen Betrieben sind nicht radikal, sie stimmen wohl in der Mehrzahl für die regierende liberal-demokratische Partei, und sie halten auch noch weitgehend an den alten Traditionen fest.

Anders verhalten sich die Arbeiter in den großen industriellen Unternehmen und in den öffentlichen Versorgungsbetrieben. Sie sind in der Mehrzahl gewerkschaftlich organisiert. Unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Tätigkeit, der Kranken- und Arbeitslosenversicherung hat sich in diesen Betrieben eine beträchtliche Verschiebung der Distanz zwischen Unternehmer und Arbeiter vollzogen, so daß an die Stelle des patriarchalischen Verhältnisses das versachlichte Verhältnis des Tarifantrages und des Klassenkampfes getreten ist. Die Klassensolidarität hat die nationale Solidarität verdrängt, ebenso wie das Lebensprinzip der sozialen Harmonie und die Lehre von der richtigen Mitte. Die Unternehmer sind ihrerseits ängstlich bemüht, das japanische Gesellschaftsprinzip des *proper station* zu wahren, sowohl beruflich wie gesellschaftlich. So sind persönliche Beziehungen zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber selten vorhanden und, wo sie es sind, spielen sie sich in festen vorgeschriebenen Formen ab, die deutlich den gesellschaftlichen Unterschied zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervortreten lassen. Von einer Nivellierung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann hier also nicht gesprochen werden.

Etwa 40 bis 50 % der in den großen Industrien und in den Versorgungsbetrieben der öffentlichen Hand beschäftigten Arbeiter gehören einer Gewerkschaft an; der gleiche Prozentsatz ist wahrscheinlich Anhänger der sozialistischen Partei, vor allem des linken radikalen Flügels<sup>84</sup>. Die einzelnen Gewerkschaften sind Betriebsgewerkschaften, die dann wieder in großen Verbänden zusammengeschlossen sind. Der führende Verband, der 1955 3 Millionen Mitglieder zählte — das sind rd. 25 % der industriellen Arbeiterschaft —, ist der Generalverband der Gewerkschaften (Sohjo), der sehr radikal orientiert

<sup>84</sup> Nobutaka Ike, a.a.O., S. 179.

ist und weitgehende Sympathien für die Kommunisten hegt. Von ihrem marxistisch-syndikalistischen Gewerkschaftsprinzip aus sehen sie den Lohnkonflikt und die Emanzipation der Arbeiterklasse nicht nur als einen Konflikt innerhalb des Betriebes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber, sondern als einen Kampf an, der sich gegen die ganze Gesellschaft und gegen den Staat richtet, denn der Staat ist in ihren Augen nichts anderes als die machtmäßige Organisation der kapitalistischen Gesellschaft, die sie bekämpfen. Damit heben sie die Einheit von Staat und Gesellschaft auf.

Die aggressivste der im Soho zusammengeschlossenen Gewerkschaften ist die Tanro, die Dachorganisation der Bergarbeitergewerkschaften mit über 200 000 Mitgliedern<sup>85</sup>. Weniger radikal, mit den gemäßigten Sozialisten sympathisierend, ist der Kongreß der japanischen Arbeitervereinigungen (Zenro) mit etwa 700 000 Mitgliedern. Daneben bestehen politisch neutrale kleinere Gewerkschaftsverbände mit etwa einer Million Mitgliedern. Sie sind ohne besondere Note, und viele ihrer Mitglieder dürften für die Liberaldemokratische Regierungspartei stimmen, ohne aber dabei die Arbeiterinteressen aufzugeben.

Die Mitglieder der Gewerkschaften sind in der Mehrzahl durchaus klassenbewußt, und in ihnen vollzieht sich allmählich die Emanzipation der Arbeiter, die im Vergleich mit den europäischen Industriegesellschaften in Japan hinter der ökonomischen Entwicklung zurückgeblieben ist. Das ist eine Folge der stark traditionsgebundenen japanischen Gesellschaft bis 1945 und der Unterdrückung der gewerkschaftlichen Bewegung durch die militärischen Diktatoren zwischen den beiden Weltkriegen. Daß es aber gelungen ist, eine doch im Verhältnis sehr beachtliche Gewerkschaftsbewegung nach 1945 ins Leben zu rufen, ist die Folge der amerikanischen Eingriffe in die gesellschaftliche Entwicklung Japans.

Aber durch das Nebeneinander alter und neuer gesellschaftlicher Haltungen hat die neue Industriegesellschaft in den großen Städten noch nicht zu einer Proletarisierung der Arbeiter geführt; sie hat sie nicht zu dem amorphen Bevölkerungshaufen gemacht, der vom Geist verlassen eine Menge von Einsen bildet (*Sombart*). Die Formen des Familiensystems und der gegenseitigen Verpflichtung, wie sie vorn dargelegt sind, haben sich auch heute noch in den Arbeitervierteln der Großstädte erhalten, so daß dadurch eine gewisse Gemeinschaft der Bewohner der einzelnen Wohnbezirke aufrechterhalten wird. Darin liegt eine Tendenz zum echten Sozialismus, der allerdings auch auf eine Nivellierung der Gesellschaft hinwirkt. Doch wenn auch

<sup>85</sup> Ichiro *Nakayama*, *Japans Labor Problems*, Tokyo 1957, S. 15.



diese familienmäßigen Verflechtungen und Bindungen unter den Arbeitern in den großen Städten noch erhalten sind, wird der Emanzipationskampf der Arbeiterklasse dadurch nicht an Schärfe verlieren, auch an der klassenkampfmäßigen Einstellung der Sohjo wird sich dadurch nichts ändern, denn das nachbarschaftliche Verhältnis, das immer mehr eine klassensolidaristische Note bekommt und das Verhältnis zum Arbeitgeber liegen auf einer ganz anderen Ebene. In diesem Emanzipationskampf der Arbeiter stehen als Ziele zunächst die Lohnhöhe und die Länge der Arbeitszeit im Vordergrund. Ob später einmal auch Recht auf Mitbestimmung und auf Demokratisierung der Betriebe gefordert werden wird, ob man den sich durch Kranken- und Arbeitslosenversicherung entwickelnden Wohlfahrtsstaat weiter ausbauen wird, muß man abwarten.

Da trotz der Geburteneinschränkung die Zahl der im erwerbsfähigen Alter befindlichen Menschen bis 1990 vermehrt werden wird, und da man kaum damit rechnen kann, daß der gesamte Zuwachs Arbeit zu fünden vermag, wird der Kampf um die Lohnhöhe auf absehbare Zeit wohl noch im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen. Das Ziel der Gewerkschaften ist die Anhebung der Löhne in den kleinen und mittleren Betrieben auf die in den großen Betrieben sowie die Anpassung der Frauenlöhne an die der Männer. Das bedeutet natürlich eine Gefährdung der kleinen und mittleren Industriebetriebe, die wiederum eine verstärkte Tendenz zur Konzentration auslöst. Dadurch aber kann sehr wohl die Zahl der Arbeitslosen wieder vermehrt werden, denn da durch die Arbeitslosenversicherung die Arbeiter wenigstens in gewissen Grenzen vor der äußersten Not geschützt sind, werden vor allem die kleinen und mittleren Betriebe, wenn es hart auf hart um ihre Existenz geht, nicht vor Arbeiterentlassungen zurückschrecken können, und es ist dann sehr die Frage, ob diese Arbeiter bei den großen Unternehmen unterkommen werden. Dann aber wird das Oyabun-Kobun-Verhältnis ausgehöhlt, worauf auch die Gewerkschaften unter chinesischem und sowjetischem Einfluß hinzielen. Sollten die Erfolge Mao Tse-tungs auf wirtschaftlichem Gebiet nicht nur in der Propaganda, sondern auch in der Realität imponierend sein, so dürfte das nicht nur auf die japanischen Arbeiter, sondern auch auf die durch die industrielle Konzentration bedrohten kleinen Unternehmer und Handwerker einen nachhaltigen Eindruck machen.

Die *Bauernschaft* endlich ist wiederum keine homogene Klasse. Man muß scharf unterscheiden zwischen den Bauern aus den rein agrarischen Gebieten von Honshu und Hokaido und zwischen den Bauern in den stark industrialisierten Landschaften in der Mitte und im Süden der Hauptinsel Honshu. Hier sind Landwirtschaft und Industrie

man auf der großen Eisenbahn von Tokyo nach Osaka fährt, der „Tokaido“-Strecke, sieht man kaum einen Ort ohne industrielle Anlagen, und man wird lebhaft an die Eindrücke erinnert, die man empfängt, wenn man in Deutschland durch die Industriegebiete der Main-Rhein-Gegend fährt. In diesen landwirtschaftlichen stark industriell durchzogenen Gegenden Japans spielt der Pendler eine wichtige Rolle, der zwischen der industriellen Arbeitsstelle und seinem Wohnsitz im Dorf hin- und herpendelt. Im Dorf wird dann die Landwirtschaft als Nebenerwerb betrieben. Die Textilindustrie versichert sich in großem Umfang, vor allem in den kleinen und mittleren Betrieben, der ländlichen Arbeitskräfte und die stark spezialisierte Kimonoweberei in der Kantoebene um Tokyo vollzieht sich zu zwei Dritteln in den Bauernhäusern. In diesen Gegenden Süd- und Mittelhonshu dringen doch schon radikale Tendenzen in die sonst konservativ und innengeleitete bäuerliche Gesellschaft ein. Die kommunistisch orientierte Vereinigung japanischer Landwirte hat hier gewisse Erfolge, zumal in der Präfektur Nagamo nördlich von Tokyo.

Doch dadurch wird das gesellschaftliche Bild als Ganzes wenig beeinträchtigt. Der japanische Bauer hat überall in Japan ausgesprochen konservative Neigungen. Die gesellschaftliche und politische Führung im Dorf haben wohl durchweg noch die sogenannten „alten Familien“, die sich aus den Angehörigen der größeren und wohlhabenden Bauern zusammensetzen. Die alten Großgrundbesitzer haben durch die Agrarreform ihre führende Stellung verloren, es sei denn, daß sie auf dem Lande selbst wohnen. Bei den Wahlen auf dem Lande kommt es weniger darauf an, ob der Kandidat einer politischen Partei angehört, sondern entscheidend für seine Wahl ist das Ansehen, das er als Persönlichkeit genießt, und ob er in den Kreisen seiner Wähler bekannt ist. Politisch ist der Bauer, vor allem in den rein agrarischen Gebieten von Nord-Honshu und Hokaido uninteressiert, während in den industriell durchzogenen Gegenden Mittel- und Südhonshus das politische Interesse größer ist. Dafür sorgen dort die reichlich vorhandenen Rundfunkeinrichtungen. Aber trotz allem ist in den bäuerlichen Kreisen das Charisma des Kaisers noch weithin erhalten. Der Bauer ist autoritätsgläubig, und den Problemen der Demokratie bringt er wenig Verständnis entgegen. Dem wirkt allein schon das Prinzip des „proper station“ entgegen, das auf dem Lande noch überall befolgt wird und das eine Nivellierung der Gesellschaft hintanhält. Da die Bauern die Masse der Soldaten vor 1945 gestellt hatten<sup>86</sup>, hat sie die militärische Erziehung an Gehorsam gewöhnt, und da auf dem

<sup>86</sup> Nach Allen B. Cole, a.a.O., S. 34, dienten von 1930—40 im japanischen Heer 1,1 Millionen Landwirte und 400 000 Mann aus Handel und Industrie.

Lande das auf Autorität und Hierarchie aufgebaute Familiensystem noch vollkommen intakt ist, da es ferner durch die Struktur des landwirtschaftlichen Betriebes als eines Familienbetriebes auch aufrechterhalten werden dürfte, ist kaum zu erwarten, daß sich in absehbarer Zeit an der autoritätsgläubigen konservativen Haltung der Masse der japanischen Bauern etwas ändern wird. Das große Problem ist nur, ob es gelingt, den Bevölkerungsüberschuß des Landes entweder durch eine vermehrte Industrialisierung oder durch eine stärkere Auswanderung zu verringern. Jedenfalls ist zunächst noch auf dem Lande die innengeleitete Gesellschaft gefestigt. Inwieweit sich daraus ein Gegensatz zwischen Stadt und Land ergeben wird, ist nicht abzusehen. Bis auf weiteres dürfte das konservative, demokratisch zum mindesten gleichgültige Element der Bauern die gesellschaftliche und politische Entwicklung bestimmen.

Das eine haben jedenfalls unsere Untersuchungen bisher ergeben: Die Schichten, die in Europa und Amerika als Stützen der Demokratie gelten, sind es in Japan nicht. Dort sind Verfechter der Demokraten die Bourgeoisie, die upper middle class, die Angestellten und die Studenten, also Klassen mit durchaus divergierenden Interessen.

Die gesellschaftliche Entwicklung, wie wir sie bisher analysiert haben, muß auch die politischen Gebilde, die aus dieser Gesellschaft entstehen, maßgeblich formen. Im Jahre 1955 schlossen sich die beiden alten bürgerlichen *Parteien*, die Saiyukai und die Minsaito, zur heutigen liberaldemokratischen Partei zusammen. Das gleiche taten die linken und rechten Sozialisten, die sich zu einer einheitlichen sozialistischen Partei vereinigten. Daneben bestanden und bestehen heute noch die Kommunisten, die aber von geringem Einfluß sind. So sind heute in Japan eine große bürgerliche Partei, und nach abermaliger Trennung der Sozialisten im Jahre 1959 in eine sozialdemokratische Partei und eine radikale sozialistische Partei, also zwei sozialistische Parteien, und die kommunistische Partei vorhanden. Daneben bestehen noch einige kleine Splitterparteien, die aber bedeutungslos sind und deswegen hier übergangen werden können.

Das Neue am japanischen Parteiwesen ist, daß die Parteien nicht mehr allein Gefolgschaften bekannter Gruppen von Politikern sind. Die Ursache dafür liegt im politischen Auftreten der frei gewordenen Arbeiterbewegung, die die Entscheidung für eine bürgerliche oder eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung herausfordert. Daneben aber haben sich auch zwei Weltanschauungsparteien in den linken Sozialisten und den Kommunisten gebildet, die auf marxistischem Boden stehen.

Endlich darf auch nicht die Verschiedenheit der außenpolitischen Ziele vergessen werden. Alles das aber schafft im politischen Raum

Japans erhebliche Spannungen, die ganz anderer Art sind, als die vor 1945 bestehenden Interessengegensätze zwischen den Zaibatsu einerseits und den Clans andererseits, die um die politische Herrschaft kämpften.

Die liberaldemokratische Partei ist eine konservative Wählerpartei, die sich auf die große Bourgeoisie stützt. Daneben haben die kleinbürgerlichen Schichten und die mittlere und kleine Industrie ihre politische Heimat in der liberaldemokratischen Partei gefunden. Auch die Masse der Bauern und ein erheblicher Teil der Arbeiter, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, dürften dieser Partei bei den Wahlen ihre Stimme geben. Das Parteiprogramm betont scharf die notwendige Einheit und Einigkeit des japanischen Volkes unter dem Kaiser. Sie steht auf dem Boden der geltenden demokratischen Verfassung und verlangt in ihrem Rahmen eine starke Führung. Aber sie erstrebt auch eine Revision der Verfassung dahin, daß der Art. 9, der es verbietet, daß in Japan bewaffnete Streitkräfte gehalten werden, aufgehoben wird, weil er der politischen Lage nicht mehr entspricht. Das oberste japanische Gericht hatte allerdings 1952 schon festgestellt, daß eine Wiederbewaffnung Japans solange nicht im Widerspruch zur Verfassung stünde, als es sich um eine Selbstverteidigung gegen den Kommunismus handele. Die Partei tritt wirtschaftlich für eine freie Marktwirtschaft ein, in der die Vollbeschäftigung erreicht werden soll, für die Hebung des allgemeinen Wohlstandes und für eine planmäßige Entwicklung der Industrie. Sie sieht in Japan die Macht, welche entscheidend dazu beizutragen hat, den wirtschaftlichen Aufstieg Ostasiens auf freiheitlicher Grundlage herbeizuführen. Damit hält sie also an der alten nationalen Idee fest, die in friedlicher Weise verwirklicht werden soll.

Hinter der sozialdemokratischen Partei steht der wohl sozialistisch, aber gemäßigt orientierte Gewerkschaftsverband Zeno mit seinen 700 000 Mitgliedern. Auch die sozialdemokratische Partei ist eine Wählerpartei, die ihre Stimmen aus den Kreisen der Angestellten und Arbeiter, der Intelligenz, der Studenten und den jungen Wählern aus der Stadt erhält. Sie erstrebt eine friedliche Entwicklung zur sozialistischen Gesellschaft, hält aber zunächst noch an der Monarchie fest. Jedoch wendet sie sich gegen den Ausbau der Rüstungsindustrie, weil dadurch die Hebung des Wohlstandes und die Stabilisierung der japanischen Volkswirtschaft gefährdet würde; sie wendet sich weiter gegen die Herrschaft der großen Industrie und Finanz. Außenpolitisch soll Japan eine friedliche Brücke zwischen Ost und West werden; deswegen wird der Sicherheitspakt zwischen Japan und den USA abgelehnt und eine pazifistisch orientierte Neutralität empfohlen.



Die sozialistische Partei ist radikal, und es ist nicht leicht, festzustellen, inwieweit sie sich von den Kommunisten unterscheidet. Sie fordert die Unabhängigkeit Japans von West und Ost, erstrebt im Inneren eine Volksfrontregierung, um auf diesem Wege ihr Ziel, die sozialistische Gesellschaft und eine „Volksdemokratie“ zu erreichen. Ihre Anhänger gewinnt sie aus den Mitgliedern des Sohyo-Gewerkschaftsbundes mit seinen 3 Millionen Mitgliedern. Unter der Führung der radikalen Sozialisten sollen die Kämpfe um den Arbeitslohn nicht nur sozialen, sondern auch politischen Charakter bekommen, so daß der politische Streik ein Mittel wird, die politische Macht im Staate zu erringen. Die Kommunisten sind keine einheitliche Partei. Man schätzt sie auf etwa 100 000 Mitglieder<sup>87</sup>. Bei den letzten Wahlen im Mai 1958 erhielten die Kommunisten 2,5 % der abgegebenen Stimmen. Die Kommunisten sind eine Mitglieder- und Weltanschauungspartei, deren Schlagkraft aber durch die ständigen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei selbst weitgehend geschwächt wird. Die Partei besteht aus einzelnen Gruppen, nämlich den Trotzlisten und den orthodoxen Leninisten, die von der Sowjetunion aus gelenkt werden. Die führenden Persönlichkeiten der orthodoxen Leninisten haben z. T. auf russischen Universitäten studiert. Doch erfreuen sich die orthodoxen Leninisten wegen der in Japan fast allgemein ablehnenden Haltung gegenüber der Sowjetunion keiner Beliebtheit. Zu diesen beiden Gruppen kommen dann noch die Anhänger Mao-Tse-tungs hinzu. Die chinesische Kommunistische Partei bemüht sich sehr um lebhafte Beziehungen zu den japanischen Gesinnungsgenossen und den Japanern überhaupt. Von chinesischer Seite werden Delegationen aus allen Klassen der Bevölkerung nach China eingeladen, um dort die von den kommunistischen Gewalthabern erreichten gesellschaftlichen und ökonomischen Fortschritte an Ort und Stelle zu besichtigen und zu studieren. Die Anhänger der Kommunisten sind unter den Arbeitern der großen Industrie in den großen Städten und unter den Studenten zu suchen. Im Studentenbund Zengakuren sind starke kommunistische Einflüsse am Werk, die aber auch mehr von chinesischer als von sowjetischer Seite kommen. Ein erheblicher Teil der Studenten, die kommunistischen Ideen anhängen, sehen in Chruschtschow einen Verräter am Leninismus-Marxismus, weil er bereit ist, mit den kapitalistischen Mächten zu paktieren. Die Kommunisten haben nach anfänglichen Erfolgen augenblicklich wenig Anhang unter den breiten Massen der japanischen Bevölkerung, weil ihre auf das internationale Moment abgestellte Propaganda die national denkenden Japaner nicht ansprach.

<sup>87</sup> Hugh Borton, a.a.O., S. 66.

Die Bedeutung der großen Parteien zeigt sich in der Zahl der Sitze im Parlament. Allerdings hat sich die Verteilung im Laufe der Entwicklung geändert, wie die nachfolgende Aufstellung zeigt.

**Verteilung der Parlamentssitze  
auf die wichtigsten politischen Parteien in Japan 1949—1958**

	1949	1952	1953	1955	1956	1958
<i>a) Abgeordnetenhaus</i>						
Liberal-Demokraten .....	322	326	314	297	297	287
Sozialisten .....	49	116	138	156	154	166
Kommunisten .....	35	0	1	2	2	1
<i>b) Haus der Räte</i>						
Liberal-Demokraten .....	—	—	—	—	122	132
Sozialisten .....	—	—	—	—	80	85
Kommunisten .....	—	—	—	—	2	18

Danach sind die Liberaldemokraten wohl noch im Besitz der beherrschenden Mehrheit, aber die sozialistischen Sitze haben beharrlich zugenommen. Die Sozialisten verdanken ihren Zuwachs vor allem den jungen Wählern in den Städten, die zunächst noch Jahr für Jahr um eine Million zunehmen. Bei der anhaltenden Abwanderung vom Lande und der ständigen Zunahme der Studenten dürften die Sozialisten, vor allem die Sozialdemokraten, noch einen ansehnlichen Stimmenzuwachs in der nächsten Zeit zu erwarten haben. Aber die Frage ist, ob und wann dieser Stimmenzuwachs ausreicht, um die Liberaldemokraten aus der Regierung zu verdrängen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die jungen Leute, sobald sie älter werden, ihre Stimme dann meist den Liberaldemokraten zu geben pflegen. Die junge Generation wählt zunächst sozialistisch, weil sie darin eine Gewähr für die Aufrechterhaltung der Demokratie sieht. Die Jugend ist demokratisch, d. h. gegen ein autoritäres Regime, eingestellt, weil ihr die Katastrophe von 1945 noch lebhaft in der Erinnerung steht. 1945 war für sie der entscheidende Jugendeindruck. Aber auf die Jugend haben europäisch-amerikanische Ideologien bisher nur geringen Eindruck gemacht, weniger jedenfalls als die chinesischen und sowjetischen. Wenn nun diese Jugend, sobald sie etwa das 30. Lebensjahr überschritten hat, zu einem erheblichen Teil liberaldemokratisch wählt, so bedeutet das für die Zukunft einen verlangsamten Aufstieg der Sozialisten und auf der anderen Seite eine Stärkung der demokratisch orientierten Elemente in der Liberaldemokratischen Partei. In Japan ist man der Meinung, daß unter sonst gleichbleibenden Umständen etwa in 20 Jahren, also gegen das Ende der siebziger Jahre oder zu Anfang der achtziger Jahre unseres Jahrhunderts, ein zahlenmäßiges Gleichgewicht zwischen Sozialisten und Liberaldemokraten denkbar ist. Aber wie dem auch sei, die in die Parteien einströmende Jugend stärkt dort den

Demokratischen Gedanken und führt damit zur Festigung der Demokratie. Aber neben den Parteien als den Sammelbecken politischer Willensbildung und politischer Macht stehen die Verbände der Industrie und der Arbeiter, die nach Einfluß auf die Regierung und nach politischer Macht streben. Das wirtschaftliche Verbandswesen in Japan ist augenblicklich noch wenig entwickelt, doch Demokratie und Hochkapitalismus rufen Kräfte hervor, die auf einen weiteren Ausbau des Verbandswesens hinwirken. Schon jetzt aber zeigt die japanische Gesellschaft durch das Nebeneinander von Parteien und Verbänden pluralistische Tendenzen, die zu einer Desintegration der Gesellschaft führen können. Um so mehr tritt dadurch die Bedeutung der nationalen Idee und des Kaisergedankens für den inneren Zusammenhalt der japanischen Industriegesellschaft hervor.

### C. Ergebnisse

Ich bin am Ende der Analyse von Japans Wirtschaft und Gesellschaft. Es kommt jetzt nur noch darauf an, die Ergebnisse kurz zusammenzufassen. Das soll in 6 Punkten geschehen:

1. Die japanische Gesellschaft ist als Ganzes heute sehr viel spannungsgeladener als vor 1945. Heute spielen die sozialen Spannungen eine erheblich größere Rolle neben den politischen, wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen. Vor 1945 war es nicht denkbar, daß weltanschauliche Spannungen entstanden, wie sie heute zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten bestehen.
2. Die Entgöttlichung des Kaisers zusammen mit den von außen importierten europäisch-amerikanischen Ideologien und die kommunistischen Lehren haben bewirkt, daß in Japan eine außen und innen geleitete Gesellschaft nebeneinander stehen. Die Tradition hat es bisher verhindert, daß eine soziale Nivellierung Platz gegriffen hat.
3. Es ist nun aber die Frage, inwieweit Demokratie, hochentwickelter Kapitalismus und die Tätigkeit der außerordentlich aktiven Arbeiterbewegung auf eine außen geleitete, nivellierte, pluralistische Industriegesellschaft hinwirken und damit die japanische Gesellschaft der europäisch-amerikanischen Industriegesellschaft ebenso angleichen, wie das bereits bei der Wirtschaft der Fall ist.

Festigung und Stärke der japanischen Demokratie beruhen auf der Einsicht der großen Bourgeoisie und der upper middle class sowie auf der demokratischen Überzeugung der nicht kommunistischen White-Collar-Men und der Jugend. Aber die Demokratie wird in Japan nur dann nicht nivellierend wirken, wenn man der natio-

nen Idee in ihrer friedlichen Form und der Familientradition weiter bewußt Geltung verschafft, wenn die nationale Solidarität das Übergewicht über die Klassensolidarität behält. Dann bleibt die japanische Gesellschaft trotz pluralistischer Tendenz integriert und damit die Geschlossenheit und Stärke des Volkes erhalten.

4. Die wirtschaftliche Grundlage der japanischen Existenz sind Industrialisierung und Außenhandel. Beides verlangt ein Wirtschaftssystem, das der freien, weitgehenden Entfaltung der Unternehmerinitiative und Tätigkeit ausreichenden Raum läßt. Nur dadurch ist das schnelle Handeln gewährleistet, das die wechselnde Nachfrage im Außenhandel verlangt. Die Grundlage der japanischen Wirtschaft und Existenz würde durch ein irgendwie geartetes sozialistisches Wirtschaftssystem, das die freie Unternehmertätigkeit und -initiative ernstlich beschränkt, erschüttert und gefährdet werden.
5. Der Bevölkerungsüberschuß hat zur Bildung einer industriellen Reservearmee geführt, wodurch erhebliche Kämpfe sozialer Art ausgelöst worden sind. Hierdurch aber sind Kräfte ausgelöst worden, die sich unter westlichem Einfluß (China, Sowjetunion) gegen die vorhandene Gesellschaft und gegen den von ihr getragenen Staat wenden. Die Wirksamkeit dieser Kräfte hängt davon ab, inwieweit es gelingt, durch Industrialisierung und Außenhandel den Wohlstand in Stadt und Land zu heben und das akademische Proletariat zu beseitigen.
6. Durch alles das wird aber Japan nicht nur ökonomisch, sondern auch gesellschaftlich und ideologisch zum Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen West und Ost. Gerade die asiatischen Entwicklungsländer werden ihr Augenmerk darauf richten, wohin sich Japan wendet. Das aber ist kein asiatisches Problem mehr, sondern ein Problem der geistigen und gesellschaftlichen Gestaltung der ganzen Welt.